

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

281 (3.12.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Ruhestunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbmönl. 1.15 M mit 1 M ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S, Samstags 15 S. — Anzeigen: die einsp. Kolonellseite 22 S, auswärts u. Kollektivans. 28 S, Restame 1 M. Annahmestunde 8 Uhr vorm. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpslin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüner. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Die skandalösen Forderungen der Fürsten

Ansprüche der Hohenzollernltique

Ein Winter voller Not und Elend steht bevor. Von Woche zu Woche steigern sich die Betriebskillingen, die Arbeitslosigkeit wird größer und soweit für die breiten Massen noch Verdienstmöglichkeiten für das notwendige tägliche Brot bestehen, sind die Arbeitgeber fast überall im Begriff, Löhne und Gehälter trotz steigender Preise zu kürzen. Selbst der Staat hat sich vorerst gezwungen gesehen, berechnete Forderungen der Beamten nach einer Aufbesserung der Gehälter nicht zu bewilligen. Aber in einem Augenblick, wo Tausende von Familienvätern nicht mehr wissen, wie sie in den kommenden Wochen ihre Angehörigen über den Winter retten sollen, bringt es die unerfüllte Habgier der Hohenzollern nicht fertig, für all das Unheil, das sie über unser Volk gebracht haben, noch einen Lohn von 30 Millionen Barabfindung und rund 300 000 Morgen Land zu verlangen. Ihre Forderung geht nach hundertprozentiger Aufwertung der in 200 Jahren zum Vermögensgegenstand und 1918 feige im Stich gelassenen Güter, während Witwen und Waisen durch die Inflation bis auf den letzten Pfennig ausgehöhlt worden sind, die Staatsgläubiger bis auf wenige Prozent ihrer Forderungen entehrt wurden und man sich über wohlverworbene Rechte der Beamten trotz aller Verfassungsparagraphen hinwegsetzt.

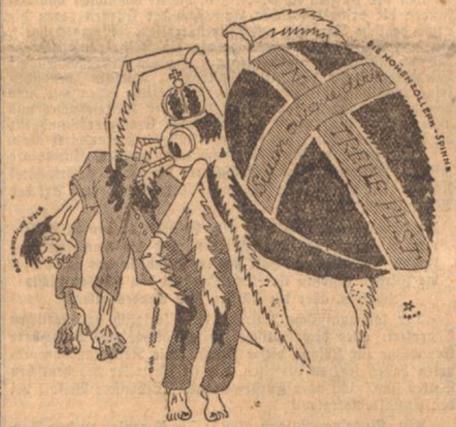
Im Verlauf der aus dieser Zwangslage heraus von Preußen erstrebten Verhandlungen ließ das Hohenzollernhaus eine gütliche Einigung wiederholt an unmöglich zu erfüllenden Forderungen scheitern. Erst im März, dann im April, war monatlang Wilhelm's Parole! Erst in den letzten Monaten zeigten sich die Hohenzollern geneigt, ernsthaft an einem Vergleich mitzuarbeiten. Es war natürlich von vornherein zu erwarten, daß bei der Einstellung der Hohenzollernischen Nichtstuer eine Einigung mit dem preussischen Staat nicht

billig zu erkaufen war, und in der Tat sieht der neue Vergleich nicht erheblich besser aus als sein Vorgänger aus dem Jahre 1920. Dieser Vorgänger wurde im Dezember 1923 in der allgemeinen Auffassung, daß es sich nicht um einen Vergleich, sondern einen Skandal handelt, von der verfassunggebenden Landesversammlung „zwecks erneuter Prüfung der rechtlichen Unterlagen“ an die Staatsregierung zurückverwiesen. Heute erfährt der Standes von damals unter dem Druck der Verhältnisse seine Wiederholung!

Schuld an diesem Zustande trägt nicht der preussische Finanzminister, sondern der Reichstag. Er hat sich bis heute in seiner Mehrheit noch nicht dazu aufraffen können, den Landesregierungen endlich die rechtliche Handhabe zur Regelung der Abfindung mit den Fürstenhäusern zu geben, wie sie es wollen und es ihren Kräften entspricht. Kein Wunder, wenn das Land Thüringen mit seiner reaktionären Regierung unter dem unerhörten Forderungen seiner ehemaligen Fürsten, finanziell fast zusammenbricht und einen Hilferuf nach dem anderen um ein Reichsgesetz an den Reichstag richtet. Er wird jetzt nicht umhin können, auf diese oder jene Art einem Skandal ein Ende zu machen, der Deutschland in der ganzen Welt lächerlich macht und der für den Fall seiner Bewirklichung die Finanzwirtschaft der Länder ruinieren muß. Wer aber wagt es, das Deutsche Reich und sein Volk zu opfern, sie neuem weiteren Elend preiszugeben, damit die Hohenzollern prassen können?

Das deutsche Volk hat jedenfalls allen Anlaß, in den nächsten Tagen die Debatte des Reichstags sorgfältig zu beobachten. Die sozialdemokratische Fraktion wird zunächst versuchen, durch Erziehung aller parlamentarischen Wege ein neues großes Anrecht an den breiten Massen zu verhindern. Sie will nicht, daß das Volk hungert und unter schweren Opfern versucht, die Folgen der ehemaligen wilhelminischen Politik durch Reparationen wieder gut zu machen, während den Urhebern unseres Unglücks Millionen und Abermillionen aus den Steuern der schon jetzt überbelasteten Staatsbürger zur Verfügung gestellt werden. Die Fraktion wird deshalb auf ein Reichsgesetz dringen, das „zum Wohl der Allgemeinheit“, wie es die Verfassung vorsieht, die Ansprüche der königlichen und fürstlichen Gesellschaft auf ein geringes Maß ihrer Forderungen reduziert und den Ländern Gelegenheit gibt, die Abfindung in einer für sie erträglichen Weise vorzunehmen. Beschreitet der Reichstag diesen Weg nicht, obwohl für ihn eine Zweidrittelmehrheit nicht erforderlich ist, dann gibt es schließlich noch andere Mittel und Wege, um einen Skandal zu verhindern, der in der Geschichte seinesgleichen findet.

Die Abfindungsprozesse.



„Das deutsche Volk kauft sich mit seinen angefallenen Fürstenhäusern immer noch aufs innigste verbunden!“

Die Habgier der ehemaligen Krone wurde im Verlauf der letzten Jahre begünstigt durch die geradezu skandalösen Urteile der deutschen Justiz. Wo auch der Staat versucht, das ehemalige Hohenzollerngut als sein Eigentum zu betrachten, um es zu Siedlungszwecken zu verwenden, richtete sich das Urteil gegen ihn und als die Sozialdemokratie auf Grund dieser Zustände im Reichstag nach dem Rathenau-Mord durch einen Antrag die Länder ermächtigen wollte, die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstenhäusern auf dem Wege eines Landesgesetzes vorzunehmen, stellte sich der größte Teil der bürgerlichen Parteien schüßend vor dem Flüchtling in Doo rn mit seinen Spiegelgeleiten.

Im Lande und den Forderungen der angeblich so frommen und patriotischen Fürsten mit einer Klarheit heraus, die auch den Monarchisten zu Gemüte führte, was ihrer Hartnäckigkeit diese Frage zu einem Volksentscheid gebracht wird. Der Deutschnationale Lindenauer-Milau beflagte sich über Mangel an gutem Geschmack, der aus den Reben der Republikaner geklungen habe. Die Kriegsbeschädigten, die Kriegshinterbliebenen, der verarmte Mittelstand, die Erwerbslosen dürften aber den Deutschnationalen zeigen, daß solche fürstlichen Raubversuche nicht mit pathetischen Redewendungen abgetan sind. Man erfährt aber von dem Redner ferner, daß die Deutschnationalen nach wie vor bestrebt sind, die Interessen der Fürsten gegen das Volkswohl zu verteidigen. Das war denn doch auch dem Zentrum zuviel, obwohl sein Redner Dr. Bell eine Erklärung abgab, die alles andere eher als klar war, rang er sich doch zu der Bemerkung durch, es sei nachgerade skandalös, wie die ehemaligen Fürsten ihr Vaterland hergaben ohne Rücksicht auf die Not des Volkes. Die Sitzung wurde nach heftiger Debatte abgebrochen.

In der darauf folgenden politischen Debatte nahm der Reichstag gegen einen Teil der Deutschnationalen, sowie gegen die Volksischen und Kommunisten die Handelsverträge mit Italien, der Schweiz und mit Oesterreich an. Einige agrarpolitische Entschärfungen wurden auf Antrag Hilferdings nicht zur Abstimmung gebracht, sondern dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen. Außerhalb der Debatte gab der deutschpolitische Abgeordnete Henning eine freche Erklärung gegen eine Rede des Abg. Dr. Wirth. Daraufhin riefen die Sozialdemokraten den Abg. Henning einige berechnete Grobheiten zu, was Ordnungsrufe für Breitfeld, Müller und Heilmann zur Folge hatte.

Sitzungsbericht

Berlin, 2. Des.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Abg. Hennings (Woll.) eine Erklärung auf die gestrigen Angriffe des Abg. Dr. Wirth ab. Wenn Dr. Wirth ihn der Mitherausantwortung am Rathenau-Mord beschuldigt habe, so entpinnne das offenbar der Absicht, eine neue Sebe gegen ihn, Hennings, zu entfachen. (Lärm links und Ruhe der Abg. Müller-Branken und Sollmann (Soz.), die vom Präsidenten Loebe gerügt werden.) Er würde den zitierten Artikel heute genau so schreiben, aber hinaufziehen, daß die Ehre des deutschen Volkes in den Händen des Nichtstueren Wirth ebenso schlecht aufgehoben war, wie in denen des Suben Rathenau. (Große Unruhe links.) Dr. Wirth schreie am wenigsten zu Vorwürfen bereit, denn er habe das Wort gesprochen, „der Feind steht rechts.“ Darauf seien Tausende rechtsstehender Männer ermordet worden. Dr. Wirth sei ein krankhaft hemmungsloser Mann. (Lärm links, Ordnungsrufe gegen Zwischenrufer.)

Präsident Loebe erklärt, er habe diese Ausführungen zu lassen müssen, weil gestern gegen den Abg. Hennings außerordentlich schwere Angriffe erhoben wurden, die gerügt worden wären, wenn sie der Präsident gehört hätte.

Die zweite Beratung des deutsch-italienischen Handelsvertrages wird fortgesetzt.

Abg. Erkelenz (Dem.): Die schweren Schäden, die der deutschen Kleinfabrikindustrie aus dem Vertrage erwachsen, müssen durch Hilfsmaßnahmen der Regierung ausgeglichen werden. Der Redner stimmt trotz der Kritik an Einzelheiten dem Handelsvertrag im ganzen zu, spricht aber die Erwartung aus, daß Italien seine bisherige deutschfeindliche Politik aufgeben werde.

Abg. Frau Rauch (Bauer, Sp.) kritisiert verschiedene Tarifpositionen des Handelsvertrages und bedauert die niedrigen Sätze für Wein, die Deutschland Spanien im letzten Protokoll gebilligt habe. Die autonomen Zollsätze für Obst und Früchtemüße seien im deutsch-italienischen Handelsvertrage viel zu weit ermäßigt worden. Die Rednerin stimmt dem

Die Ansprüche der Fürsten vor dem Reichstag

Berlin, 2. Des. (Eig. Bericht.)

Am Mittwoch beschäftigte sich der Reichstag mit den Ansprüchen der weitverzweigten Familie Raffke. Es handelt sich um die höchsten Stützen dieser Familien, die ehemaligen deutschen Fürstenhäuser, die in diesem für das Volk elenden Winter viele Millionen an barem Geld, ganze Königreiche an Geld und Gütern, riesige Komplexe an Schlössern dem deutschen Volke rauben wollen. Die Demokraten haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Länder ermächtigt, die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen mit den früheren Fürsten, soweit sie noch nicht stattgefunden haben, durch Landesgesetz unter Ausschluß des Reichsweges zu regeln. Der Antrag will also verhindern, daß monarchistische Richter mit subalternem Charakter Urteile sprechen, die zur Bereicherung der Fürstenhäuser dienen. Dann wurde ein kommunistischer Antrag über die Abfindung der Fürstenhäuser vorgelegt. Der Antrag ist leider so, daß er von niemanden ernst genommen wurde und deshalb unmöglich im Reichstag auf eine Mehrheit rechnen kann. Darauf aber kommt es an, ob man den gierigen Fürsten und Bringen möglichst viel von ihrem Raub abschlagen soll. Der Demokrat Dr. Dietrich, früherer Finanzminister in Baden, ging für einen bürgerlichen Demokraten recht kräftig ins Zeug. Er verlangte, daß endlich damit aufgehört werden müsse, die Entscheidung über verachtete Ansprüche den Richtern zu überlassen. Für die Sozialdemokratie sprach der Abgeordnete Scheidemann. Seine Darlegungen waren klar, und seine Rede war bei aller Schärfe so sachlich, daß auch die Rechtsparteien ihn mit Ruhe anhörten. Scheidemann brachte den Gegensatz zwischen der ungeheuren Not

Verträge zu, lehnt aber die materielle Verantwortung für den Inhalt ab.

Abg. Graf Reventlow (Wstl.) erklärt, seine politischen Freunde seien zu der Ueberzeugung gelangt, daß der vorliegende Vertrag die deutschen Interessen nicht fördere. Seine Partei lehnt den Vertrag ab.

Abg. Freiherr v. Freytag-Loringhoven (D.N.) verweist auf die unwürdige Behandlung der Deutschen in Süditalien. Man habe darauf verwiesen, daß im Völkerbunde den nationalen Minderheiten Schutz gewährt werden würde. Wir erbitten um Auskunft, in welcher Weise das geschehen soll.

Abg. Bitterding (Sos.) erklärt, es sei unmöglich, der Regierung eine gebundene Marschroute vorzuschreiben. Die Rolle der Weinbauern erkennen wir an, aber sie dürfen Hilfe nicht allein vom Reich erwarten.

Abg. Regierungsrat (D.N.) verlangt schnelle Maßnahmen der Regierung gegen das Valutadumping, das von der englischen Regierung mit der Subventionierung der englischen Steinöle getrieben werde. Er ersucht weiter um Auskunft über den gegenwärtigen Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien. Die gegenwärtig vor dem Rücktritt stehende Regierung dürfe auf keinen Fall den Vertrag unterschreiben.

Ministerialdirektor Dr. Ritter antwortet: Die jetzige Regierung werde den Vertrag mit Spanien nicht mehr abschließen. Die Verhandlungen seien auch noch nicht soweit gediehen. Er empfehle die Ueberweisung der Anträge an den handelspolitischen Ausschuss.

Damit schließt die Aussprache. Der Handelsvertrag wird in zweiter Beratung gegen die Kommunisten, Bäckischen und einen Teil der Deutschnationalen angenommen.

Vor der Schlussabstimmung in der dritten Beratung bemerkt Abg. v. Gräfe (Wstl.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Nach einer Pause von 2 Minuten stellt Präsident Seebe die Beschlußfähigkeit fest. — Ein völliger Antrag auf namentliche Abstimmung findet nicht die erforderliche Unterstützung. In einfacher Schlussabstimmung wird der deutsch-italienische Handelsvertrag mit der gleichen Mehrheit wie bei der zweiten Beratung angenommen.

Angenommen wird weiter eine Entschließung des Ausschusses, in der die Regierung um Vorlage einer Denkschrift ersucht wird, aus der ersichtlich ist, durch welche Maßnahmen andere Staaten sich gegen Dumping-Gefahr, besonders gegen Valuta-Dumping zu schützen versuchen. — Der Antrag der Deutschnationalen auf Vorlage eines Schutzausschusses gegen Dumping-Gefahr wird abschlägig beschieden. — Eine weitere Ansuchenstellung wird angenommen, in der eine Ueberprüfung der Einfuhr unter den Wirkungen des Valuta-Dumpings angeordnet ist.

Der sozialdemokratische Antrag auf Ueberweisung einer weiteren Entschließung an den handelspolitischen Ausschuss wird im Sammel sprung mit 175 gegen 166 Stimmen angenommen. Das deutsch-italienische Abkommen zur Steuerfrage wird ohne Aussprache angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des vorläufigen Zollabkommens mit der Schweiz.

Abg. Krähja (Sos.) bemängelt die Zollsätze für Textilien. Da es sich nur um ein Provisorium handelt, werde die Sozialdemokratie ihre Bedenken zurückstellen, erwarde aber für den endgültigen Handelsvertrag eine andere Regelung.

Abg. Giese (D.N.) erklärt, daß ein Teil seiner Freunde aus ähnlichen Gründen wie gegen den italienischen Vertrag auch gegen das vorliegende Zollabkommen stimmen werde.

Abg. v. Gräfe (Wstl.) betont, seine Freunde seien entsetzt über die Handelspolitik der Regierung, mit der die Regierung ihre Handelsvertragspolitik durchführe, ohne den Reichstag ausreichend zu informieren. Die Vorklären würden diese Regierungsvorlagen ablehnen.

Das Zollabkommen mit der Schweiz wird dann in zweiter und dritter Beratung gegen die Kommunisten und Bäckischen sowie einen Teil der Deutschnationalen angenommen.

Das Zollabkommen mit Desterreich wird ohne Aussprache in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Es folgt die erste Beratung des von den Demokraten eingebrachten Gesetzentwurfes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früheren regierenden Fürstentümern und über den von den Kommunisten beantragten Gesetzentwurf über entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstentümer.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) beantragt den Gesetzentwurf der Demokraten, wobei er betont, daß seine Freunde gerne zu Änderungen ihres Entwurfes im Ausschuss bereit seien. Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Fürsten vor den Gerichten habe zu ganz unhaltbaren Zuständen geführt. Besonders schlimm seien die Verhältnisse in Thüringen. Dort müsse nach Reichsgerichtsurteilen dem Herzog von Gotha ein Waldbestand von 20 000 Hektar, dem von Altenburg von 12 000 Hektar und dem Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen von 19 000 Hektar ausgeteilt werden. Eine weitere solche Auslieferung in Verbindung mit den hohen den Fürsten von den Gerichten auferlegten Renten würde die Finanzen Thüringens aufs Schwerste erschüttern. Preußen würde durch die Befreiung des früheren Königs Hauses fast genau so erschüttert werden. Diese Auseinandersetzungen, so fuhr der Redner fort, könnten wir unbeschadet den Gerichten überlassen, denn es handelt sich hier überhaupt nicht um privatrechtliche, sondern um staatsrechtliche Fragen. (Beifall links.) Das hat schon mit höchstem Nachdruck Bismarck betont, als es sich um die Auseinandersetzung Preußens mit dem Hause der Welfen handelte. (Sehr richtig, links.) Die Erfahrungen in den Prozessen der letzten Zeit haben uns gezeigt, wie bedenklich es wäre, wenn die Weltgeschichte nachträglich von Gerichten gemacht oder korrigiert würde. (Beifall links, Unruhe rechts.)

Abg. Neubauer (K.) beantragt den Gesetzentwurf seiner Freunde, der die entschädigungslose Enteignung der Fürstentümer fordert. Nicht nur Kobespiere, sondern auch Bismarck hätte den Standpunkt vertreten, daß bei den Auseinandersetzungen mit abgesetzten Fürsten nicht das bürgerliche Recht, sondern die Rechte auf die Staatsverträge entscheidend seien. Insgesamt seien den früheren Fürsten ca. 3 Milliarden zugesprochen worden, also das Dreifache der Dawasanzleihe, für die Deutschland seine Unabhängigkeit an die amerikanische Finanzverwaltung habe. Diese Riesensumme sollte Deutschland an die künftigen Paraziten zahlen, während die Kriegsschädigten und Erwerbslosen mit Wetteilnehmigen abgepepft würden und sich auch die kleineren und mittleren Bauern in großer Not befinden. Als der Redner ausführt, das Vermögen der meisten Fürsten sei durch Raub, Diebstahl und Gaunerei zustande gekommen, erklärt Vizepräsident Graf-Thüringen: die Geschäftsbearbeitung gibt mir nicht die Handhabe zu einem Ordinarusuf wegen dieser Ueherung. Ich muß Sie aber ersuchen, nicht weiter das Gefühl eines großen Teiles der Mitbürger des Hauses in solcher Weise zu verletzen. (Unruhe links.) Abg. Neubauer richtet weiter Angriffe gegen die Sozialdemokraten, deren Vertreter nach der Revolution den un-

berechtigten Ansprüchen der Fürsten viel zu weit entgegengekommen seien. Der Redner bezeichnet den demokratischen Antrag als Feilscherei und erklärt, man müßte die entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstentümer durchsetzen. Das enteignete Vermögen müßte zur Erhöhung der Unterstützung für die Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen verwendet werden. (Beifall bei den Kommunisten.)

Abg. Scheidemann (Sos.):

Es ist meine Ueberzeugung, daß jetzt Millionen unserer Volksgenossen hungern. Wir haben zum eine Million Erwerbslose, mehrere Millionen Kurzarbeiter. Im Oktober haben 1464 Geschäfte Bankrott gemacht. Im September sind 6550 Deutsche nach Uebersee ausgewandert. Die Zahl der Selbstmorde beträgt 30 auf 100 000 Einwohner. Nach allen Berichten ist das Elend überall im Steigen und dieses in Not und Elend verfallende deutsche Volk soll nun viele hundert Millionen neuen Fürsten zahlen, die die Hauptlast an dem jetzigen Elend unseres Volkes tragen. (Zurufe bei den Kommunisten.) Mit den kommunistischen Anträgen kann man sehr schnell fertig werden. Der Kommunist Dr. Rosenbergs hat jetzt auf einem Parteitag erklärt, daß die Kommunisten niemals ernstlich die Bourgeoisie bekämpfen, sondern nur Anteile bei den Sos., zur rechten: Protestierer aller Länder vereinigt sich. Den Abg. Neubauer möchte ich nur fragen, wann er zum letzten Male Geburtstag gefeiert hat. (Große Heiterkeit bei den Sos.)

Die Zustände sind jetzt unerträglich geworden, das gilt vor allem für die Forderungen der Fürsten, die Gutachten der künftigen Berater und vor allem für die Urteile der monarchistischen Richter. (Sehr wahr bei den Sos.) Die Fürsten haben offenbar kein Verständnis für die milde Art, mit der das Volk bei der Revolution mit ihnen umgegangen ist. Das Oberlandesgericht in Braunschweig hat sich nicht geäußert, einen Verwalterverstoß zu machen, wonach dem Herzog von Cumberland eine jährliche Rente von 350 000 Mark bezahlt werden sollte. (Heiterkeit bei den Sos.) Die Vereinbarungen, die den Fürsten hohe Renten zusprechen, sind von den Gerichten als wider die guten Sitten verstoßend aufgehoben worden, weil auch die Fürsten dabei die Geldwertung schützen würden. (Heiterkeit.) Es ist nicht mehr gegen die guten Sitten, daß den Kriegsanleihebesitzern ihr ganzes Vermögen entschädigungslos genommen wurde? (Sehr wahr bei den Sos.) Die Hohenzollern haben nicht weniger als 57 Millionen jährlich gefordert, ein Betrag, mit dem 34 000 arbeitsunfähige Invaliden ernährt werden könnten. Von den Gutachtern, die die Vermögensansprüche der Hohenzollern begründen wollen, habe der Abg. Dr. Freydt einen Ueberblick bis zum Jahre 1411 gegeben, um auszuführen, daß seit dieser Zeit die Hohenzollern ihr Vermögen verarmt hätten, weil sie sämtlich gute Beschäftigte und sparsame Haushalter gewesen seien. Ein anderer Historiker schreibe freilich, daß die Hohenzollern Verschwendunger und Zammerlappen gewesen wären. (Unruhe rechts.) Das schrieb der spätere Chefbediente der Deutschen Zeitung, Dr. Max Maurenbrecher. (Große Heiterkeit.) Bei der Auseinandersetzung mit den 1866 entthronten Kurfürsten von Hessen hat Bismarck mit allem Nachdruck festgestellt, daß solche Dinge nicht privatrechtlicher, sondern staatsrechtlicher Natur seien. Man kann jedes Wort Bismarcks und der höchsten preussischen und Reichsinstitutionen heute anführen, um die juristischen Leihhütern der Fürsten zu widerlegen, die in Gutachten und Urteilen die privatrechtlichen Ansprüche der Fürsten gegen die arme deutsche Republik unterfüttern wollen. Bismarck hat j. Zl. den Welfenfonds bezeichnet als ein Mittel zur Abwehr der von den abgesetzten Fürsten ausgehenden Bestrebungen zur Wiederherstellung des alten Zustandes. Damals bestanden keine ernstlichen Bestrebungen dazwischen. Heute sehen wir, wie von den Anhängern der Hohenzollern, der Wittelsbacher und anderer Dynastien gegen die bestehende Staatsform und für die Wiederherstellung des früheren Zustandes gearbeitet wird. In Bayern werden heute noch neue amtliche Formulare mit dem Aufdruck „Königreich Bayern“ hergestellt. (Hört, hört! links.) Wir verlangen nicht einen Welfenfonds nach Art des Welfenfonds, aber

die Republik darf sich nicht um Gespött der ganzen Welt machen, indem sie ihren Feinden noch die Kampfmittel liefert. Unser armes Volk sitzt im Elend, in das es durch die Fürsten gestochen ist. Das Land ist den Fürsten nichts schuldig, aber die Fürsten dem Lande alles.

Der kommunistische Antrag hat lediglich agitatorischen Charakter. Der demokratische Antrag bildet eine brauchbare Grundlage zur Lösung dieser Frage. Die Reichstagsabgeordneten haben jetzt zu beweisen, daß sie Vertreter des deutschen Volkes sind, nicht aber Fürstentümern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rindener-Wildau (D.N.): Im Gegensatz zu dem Vordränger will ich alle politischen und persönlichen außerhalb des eigentlichen Problems liegenden Punkte beiseite lassen und die Frage lediglich als eine Rechtsfrage behandeln. (Widerpruch links.) Es ist eine Frage des guten Geschmacks, wie der Reichstag die Angelegenheit behandeln will. Ueber den Geschmack streite ich nicht mit dem Abg. Scheidemann, der als Staatsbeamter ja auch die geschmacklichen Staatsformen kennen gelernt hat. Die deutsche Republik will nicht leugnen können, daß ihre Verfahren in der Vergangenheit monarchisch sind. Man konnte also leicht das Wort anwenden von dem Vogel, der sein eigenes Nest beschmutzt. Wir verlangen nichts anderes, als daß die Mitglieder der ehemaligen Fürstentümer als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. Der demokratische Staatsrechtslehrer Schilling hat am 17. November 1920 in einem Gutachten erklärt, die Auseinandersetzung mit dem Hohenzollernbauhe dürfe nicht unter politischen Gesichtspunkten, sondern nur auf dem Rechtsboden erfolgen. Man müsse den Hohenzollern alles geben, was ihnen gebührt. (Heiterkeit rechts.) Denselben Standpunkt haben alle Volksbeauftragten, Friedrich Ebert, Wolfgang Heine und andere, darunter auch Demokraten, eingenommen. (Hört, hört! rechts.) Nach dieser Entschcheidung und nach der Weimarer Verfassung ist die Reichsversammlung gar nicht aufständisch. Die eingebrachten Gesetzentwürfe verstoßen gegen alle Verfassungsbestimmungen, nämlich gegen Artikel 109. Alle Deutsche sind vor dem Gesetz gleich und gegen Artikel 163 „Das Eigentum wird in der Verfassung gewährleistet“. Im Sinne des demokratischen oder des kommunistischen Antrages würde dies nicht nur verfassungswidrig, sondern sogar verfassungswidrig sein. Die Berufung auf Bismarcks Stellungnahme nach 1866 ist verfehlt; denn es ist ein Unterchied, ob die Fürsten durch Revolutionen oder durch Krieg deponiert sind. Damals haben auch die Demokraten-Freiwilligen gegen Bismarcks Stellungnahme protestiert und haben verlangt, daß der Reichstagen nicht verlassen werde.

Abg. Dr. Zell (Ztr.): Meine Freunde werden ohne Vorurteile und frei von Parteiprejudizien freudig sachlich und gerecht auf eine Lösung hinarbeiten. Die Sache, die mit der gebotenen Rücksicht auf das Staatswohl die Vertretung möglichst schutzbedürftiger Privatinteressen verbietet, ist ungeheuer schwierig. In unserer ohnehin nervös überhitzten Zeit wäre uns es erpart geblieben, wenn die ehemaligen Fürstentümer

bei Geltendmachung ihrer Ansprüche und namentlich auch bei den Abfindungsverhandlungen auf die durch die entsetzlichen Kriegsverluste verursachte Verelendung und Verarmung und vor allem auf die zahllosen bitterste Not leidenden Kriegsschädigten, Kriegswaisen und Kriegshinterbliebenen, auf die katastrophalen Mitleid der breitesten Volksschichten, Entwertung von Kriegsanleihen usw. die weinste Rücksicht allenthalben genommen hätten, die sich aus ihrer hohen Würde und Stellung als vornehmstes Gebot ergab. (Beifällige Zustimmung im Zentr.) Wer sich auf die beiden ersten Absätze der Verfassungsartikel 168 beruft, muß auch für den letzten Absatz eintreten: „Eigentum verpflichtet“. Sein Gebrauch soll ausschließlich dem Wohl des allgemeinen Wohls. (Beifall.) Wir beantragen Ueberweisung des demokratischen Gesetzentwurfes — der kommunistische fällt für uns aus — an den Rechtsausschuss. Wir wollen dort auch die Frage gründlich prüfen, ob der Rechtsweg wirklich ausgeschaltet werden kann. Neben dem vom Vordränger angeführten Grundwort gilt auch der: Das Wohl des Staatsganzen soll das höchste Gesetz sein. Das muß auch gelten für die ehemaligen Inhaber von Fürstentümern. (Beifall links und im Zentr.)

Gegen 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Der Reichstagsausschuss für Steuerfragen beschäftigt sich heute mit den Anträgen verschiedener Parteien zur Lohnsteuer. Staatssekretär Böhm wies auf die finanziellen Sozialwirkungen der Anträge hin, die z. B. bei Annahme des sozialdemokratischen Antrages einen Ausfall von 120 Millionen Mark gegenüber der Regierungsvorlage bringen würde. Ähnlich bei dem demokratischen Antrag und bei dem kommunistischen Antrag noch mehr. Eine Regierung, die nach der Erklärung des Reichstags vor dem Rücktritt stehe, könne die politische Verantwortung für diese finanziellen Auswirkungen nicht gut übernehmen. Abg. Dr. Mittelmann (Zsp.) schlug in der Aussprache vor, da im Augenblick eine Entscheidung nicht getroffen werden könne, die haltbar sei, jetzt einen Unterausschuss einzusetzen, diesem die Fragen zur Vorberatung zu überweisen und hier die Beratung abzubrechen. — Der Vorsitzende stellte nach weiterer Debatte fest, daß gegen die Einsetzung eines Unterausschusses kein grundsätzlicher Widerspruch erhoben wird. Die Mitglieder dieses Unterausschusses werden berufen und der Unterausschuss wird seine erste Sitzung unter Vorsitz des Regierungsmorgen um 10 Uhr abhalten.

Der Republikanische Reichsbund verlangt Volksabstimmung

Der Republikanische Reichsbund in Frankfurt a. M. hat an die Reichsregierung und an das Reichstagspräsidium folgende Devisen gerichtet: „Der Reichsvorstand des Deutschen Republikanischen Reichsbundes hat mit Enttäuschung von den Plänen der Auslieferung unwehrender Vermögenwerte an die Hohenzollern Kenntnis genommen, deren Bewirkung in den Zeiten der allgemeinen Not eine Herausforderung des gesamten deutschen Volkes wäre. Wir erwarten, daß Reichsregierung und Reichstagspräsident durch Beschleunigung eines Reichsrechtes diese Pläne durchkreuzen oder daß durch die Volksabstimmung die Rechte des deutschen Volkes auf sein Nationalvermögen gewahrt werden.“

Der Konflikt v. Schillings

Der Konflikt zwischen dem preussischen Kultusministerium und dem hiesigen Intendanten der Berliner Staatsoper Otto v. Schilling dürfte wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen seine Lösung finden. Schilling wird auf seinen alten Posten nicht zurückkehren. Andererseits aber versichert das Kultusministerium auf eine gerichtliche Auseinandersetzung, Schilling dürfte, wenn auch für ihn die Entlassung als Intendant der Staatsoper aufrechterhalten wird, ein wirksames Amt in der Akademie der Künste erhalten. Ein Ausschuß des preussischen Landtags hat sich bereits am Montag mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Sicher ist jedenfalls, daß die preussische Regierung und besonders der Kultusminister Dr. Wedder gewillt ist, den durch die frühere Entlassung in der Öffentlichkeit hervorgerufenen schlechten Eindruck durch Entgegenkommen an Schilling wieder gutzumachen.

Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe

Wien: Samstag, 5. Dezember, abends 8 Uhr im „Löwen“ Zusammenkunft von Freunden und Angehörigen unserer Partei mit Vortrag des Gen. Trinks in Karlsruhe. Spielberg: Samstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, im Schulsaal öffentliche Versammlung. Gen. Warrer Karlsruher spricht über „Christentum und Sozialismus“. Wittenloeh: Sonntag, 6. Dezember, mittags 3 Uhr, im „Schwanen“ öffentlicher Vortrag über das Thema: „Das Steuerwesen“, referent: Gen. Schelzke-Karlsruhe. Oberhausen A. Bruchsal: Sonntag, 6. Des., mittags 1/2 8 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag des Gen. Trinks. Niedelsheim: Sonntag, 6. Des., abends 8 Uhr, im „Adler“ außerordentliche Generalversammlung mit Vortrag des Gen. Trinks. Jittersbach: Sonntag, 6. Des., mittags 3 Uhr, im Rathaus öffentlicher Vortrag. Referent: Stadträtin Genoffin Müller-Karlsruhe. Langenleinsbach A. Ettlingen: Sonntag, 6. Dezember, mittags 2 Uhr, im Rathaus öffentlicher Vortrag. Gen. Prof. Wilhelm Karlsruhe spricht über „Bewegungen und Verensprozesse“. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, für abblreichen Besuch aller dieser Veranstaltungen zu werben. Ebenso wird wiederholt dringend um sofortige Einblendung der Landtagswahlrechnung und der Kalenderabrechnung gebeten. Das Parteisekretariat.

5. Grunewaldersbach, Veranordneten Samstag, 19. ds. Mts., hielt die sozialdemokratische Partei eine Mitglieder- Versammlung mit Vortrag des Gen. Dörner aus Durlach ab. Das interessante Thema: „Was lehren uns die letzten Landtagswahlen?“ behandelte der Referent in seinem stündigen Vortrag in ausgedehnter Weise, wofür ihm vieler Beifall zu teil wurde. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Mattus, Henkenhof, Clauswein und Kirchgerner und Gen. Reich, Durlach. Die Aussprache, die nahezu 1 1/2 Stunden in Anspruch nahm, zeigte, daß alle Redner aus den letzten Wahlen Lehren gezogen haben, es wurde auch an manchen gemachten Fehlern scharf und besorgte Kritik geübt. Denigenen Parteigenossen, die durch Abwesenheit abganzten, sei zugerufen: beschütze die Versammlungen und hört die Vorträge, denn Wissen ist Macht.

Mieter aufgepaßt!

Nach der Form, die der Entwurf zur Neuregelung des Mietrechts durch die Beschlüsse der Reichsratsausschüsse erhalten hat, wird eine weitere Forderung der Wohnungswirtschaft einbringen. Der wegen Zahlungsverzugs auf Räumung Verfallene soll künftig nur bis zur Verhandlung vor der ersten Instanz das Räumungsurteil abwenden können. Die Klage auf Aufhebung eines Teils des Mietvertrags wird jetzt zugelassen. Ferner soll es künftig so gehalten werden, daß, wo das eigene Interesse des Vermieters die Aufhebung des Mietvertrags erfordert, jetzt nur ein „ausreichender“ Erfahrungsraum genügen soll, während früher ein „angemessener“ gestellt werden mußte. Von der Stellung eines Erfahrungsraumes kann abgesehen werden, wenn sich für den Mieter daraus keine unbillige Härte ergibt. Bei böswilligem Verhalten des Mieters soll es überhaupt keinen Erfahrungsraum mehr geben, so daß in solchen Fällen je nach dem Landesrecht durch polizeiliche Maßnahmen dafür zu sorgen wäre, daß einem böswilligen Mieter, der aus seiner Wohnung entfernt wird, das notwendige polizeiliche Obdach gewährt wird.



Der Gesetzentwurf wird nunmehr mit den Beschlüssen des Reichsrats demnächst den Reichstag beschäftigen und es liegt nun an der deutschen Mieterchaft, ihre Stimme so laut ertönen zu lassen, daß ihre Forderungen beachtet werden.

Besondere ist, daß insbesondere von Süddeutschland lediglich der bayerische und der heilbronnische Gesandte gegen den Entwurf Stellung nahm, während der badische Gesandte anscheinend auch bei den Tagungen war.

Wo nur eine Gnadenfrist will man dem Mieter bis zur ersten Entscheidung geben, rüdfständige Mieter zu begleiten und ein derartiges Ansuchen in einer Zeit schwersten wirtschaftlichen Niederganges, steigender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, größter Kreditnot beim Mittelstand. Die Folge wird sein, daß im Frühjahr sich Aussetzung auf Aussetzung vollzieht und die bei solchen Anlässen unvermeidlichen Zusammenstöße zunehmen werden, für welche die Verantwortung wieder auf die gescheiterten Körperlichkeiten zurückfallen würde.

Die Ersparungsfrage will man langsam abwägen, obwohl gerade die Regierung einzig und allein die Schuld an unserm Wohnungselend trifft, weil sie die wahre Lage verkannt hat. Statt einem seither gleichwertigen, war schon durch das Mietrechtgesetz ein „angemessener“ Erfahrungsraum geworden und aus diesem soll nun ein „ausreichender“ werden, und wer die Unterwürigkeit dieser juristischen Ausfülle kennt, ermüdet, welche Gefahr der deutschen Mieterchaft droht!

Geschäftsraummieten sollen ganz für vogelfrei erklärt werden und in geradezu herausfordernder Weise wird Ersparungsraum nur zugestanden, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt!

Ihr Herren im Reichstag! Macht Ihr Euch kein Gewissen daraus, daß durch solche Anordnungen der gesamte gesunde Gewerbe- und Handelsstand Deutschlands der Wut der Hausbesitzer ausgeliefert wird. Ist es Euch gleichgültig, wenn eine gute Steuerquelle zerstückelt und vernichtet wird! Euch trifft die Verantwortung vor dem deutschen Volk!

Noch ist der Reichstag da, in dem das deutsche Volk spricht, und wir hoffen, daß der gesunde Menschenverstand bei unsern Reichstagen noch vorhanden ist, hier ein entscheidendes „Ja“ zu rufen.

Deutsche Mieter! An Euch liegt es, in dieser kurzen Spanne Zeit durch Proteste an die Reichsregierung und Anruf eurer Reichstagsabgeordneten dieser Forderung des Mietrechts einen Damm entgegenzusetzen!

Aus dem Freistaat Baden

Der bloßgestellte Landtagsabgeordnete v. Au

Aus dem Landtag schreibt man uns: In jedem Parlament gibt es Abgeordnete, die ganz allgemein die Abspaltung des Volkes und Spottes aller Parteien sind. Das ist für den oder die Betroffenen sehr unangenehm, aber nun einmal nicht zu ändern. Im badischen Landtag ist diese keineswegs beneidenswerte Rolle dem Hausbesitzervertreter v. Au zuzuschreiben. Das war im früheren Landtag so und scheint sich jetzt auf den begonnenen Landtag zu übertragen. Am Dienstagabend bekam man davon eine Probe; der Bericht über diese Sitzung hat sie angeeignet. Ergänzen wollen wir ihn dahin, daß der Landtagsabgeordnete v. Au wieder im Kreuzfeuer der Zwischenrufe, der Unterbrechungen und der Heiterkeitsausbrüche in sehr hohem Maße stand, als er seine Rede in der politischen Aussprache hielt. Das sanft, weckt und windt nach allen Seiten, wenn der Herr v. Au spricht. Der sachliche Gehalt der v. Au'schen Ausführungen ist unter solchen Umständen natürlich gleich Null.

In der Dienstag-Sitzung geriet aber das letzte Mitglied der Bürgerlichen Vereinigung durch die längere Erklärung des deutschliberalen Abg. Dr. Mathes, welche dieser in einer persönlichen Bemerkung abgab, aus unter die Räder. v. Au verhandelte nämlich über den Anschluß der aus zwei Mitgliedern bestehenden Wirtschaftlichen Vereinigung sowohl mit der Deutschen Volkspartei wie mit den Deutschnationalen, wer ihr die besten Chancen bei dem Anschluß biete. Schließlich sagten die Deutschnationalen, weil v. Au große Angst vor den Sozialdemokraten hatte und die ersten ihn sogar zum 2. Vizepräsidenten vorschlugen. Nur deswegen hätte sich v. Au den Deutschen Volksparteikern nicht angeschlossen, weil diese unter Umständen mit den Sozialdemokraten die große Koalition gebildet hätten. Das konnte der ehemalige Demokrat v. Au nicht vertragen und deswegen ging er zu den Deutschnationalen!

Diese Gesinnungstüchtigkeit eines Abgeordneten kann schwerlich übertrieben werden. Wir werden, wenn der stenographische Bericht über die Landtagssitzung vom 1. Dezember vorliegt, die Darlegungen des Abg. Dr. Mathes über die Anschließbarkeit des sozialistenfeindlichen Abg. v. Au der Öffentlichkeit übergeben; sie werden diesen politischen Geschäftsmacher in seiner ganzen Prinzipienlosigkeit unerschüttert zeigen.

Der zweite Sieger

In der Landtagssitzung vom Dienstag mittig hat bekanntlich als zweiter Redner der Deutschen Volkspartei Abg. Bauer ungemessen scharfe Angriffe gegen Innenminister Kemmerle gerichtet. Es mußte auffallen, daß eine Redner der Partei, die beabsichtigt, an einer Regierung teilzunehmen, in der auch Sozialdemokraten sitzen, sich in solch auffälliger Weise gegen ein Mitglied dieser selben Regierung auslassen konnte. Herr Bauer erklärte, daß er kein Politiker sei; aber dann hätte seine Partei ihn zurückhalten und einen Politiker — so wie außer dem Herrn Dr. Mathes noch einen in ihrer Fraktion hat — mit der Behandlung von politischen Fragen beauftragen sollen. Ueber den „Erfolg“ der Rede des Herrn Bauer dürfte keine Freude in seiner Fraktion herrschen. Der „Badische Beobachter“ bemerkt zu dem Ausgang der Debatte folgendes:

„Damit war der Generalsekretär der Deutschen Volkspartei auf den Innenminister und damit auch das gesamte Kabinett abgefahren. „Zweiter Sieger“ war die Deutsche Volkspartei. Der erste Antritt hat bekanntlich das Zustandekommen der Großen Koalition in einem ausserordentlichen Moment verschlagen, der zweite Antritt wird die Bildung der Großen Koalition zum mindesten nicht beschleunigen.“

Und dies alles kommt — von der militärischen Attacke in den Porzellanladen! —

Krise — Unternehmer und Gewerkschaften

I.

Von einem führenden Karlsruher Gewerkschaftler wird uns geschrieben:

Als Ende des Jahres 1923 die Inflation, durch scharfe und tief einschneidende Maßnahmen der Regierung und des Reichshauptpräsidenten in das Wirtschaftsleben gebracht, amete zunächst das deutsche Volk, vor allem die Arbeiterchaft, auf. Gewiß, es gab auch Unternehmer, welche nur mit Wehmut die für sie „goldene Zeit“ scheidenden Jahre ein, die jedoch nur von kurzer Dauer war. Damals wurde in London über das politische und wirtschaftliche Schicksal Deutschlands von Sachverständigen unserer früheren Feinde beraten. Das Resultat dieser Sachverständigen war der Abschluß des Dawes-Guthachtens, nach welchem Deutschland entsprechend seinen wirtschaftlichen Leistungen zu den Reparationsabläufen herangezogen werden soll. Deutschland war eine Kampaule bewilligt, und ein Kredit von 800 Millionen Goldmark eingeräumt. Diese Summe wurde nahezu reiflos neben sonstigen Krediten der Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Optimisten glaubten, damit nicht bloß die Industrie wieder zu beleben, sondern unsere Wirtschaft in Deutschland überhaupt in Gang zu bringen. Jedem fühlten Kopf mußte jedoch klar sein, daß solche Palliativmittel unseren kranken Wirtschaftsförderer nicht heilen können, dazu bedarf es anderer Mittel.

Um eine Krankheit zu heilen, muß die Ursache erkannt werden. Wären wir deshalb erst einmal zurück in die Vorkriegszeit unserer Industrie, die Vorkriegszeit.

Deutschland verschickte seine Industrieerzeugnisse in alle Weltteile. Da kam der unglückselige Krieg und 4 1/2 Jahre stakte der Export. Während unsere Industrie sich auf die Erzeugung der Kriegs-Industrie umstellte, machten sich die Importländer deutscher Industrie-Artikel unabhängig. Waren, die vorher von Deutschland importiert, wurden nun im eigenen Lande erstellt. So gingen für Deutschland ungeheure Absatzgebiete verloren.

Der Verzicht von Versailles raubte uns obendrein über die Hälfte unserer Eisenminette durch Wegnahme der lothringischen Ergruben. Während wir vor dem Kriege Kohleisen-erzeugnisse ausführen konnten, müssen wir nun einführen. Alle diese Vorgänge bedingen für die deutsche Industrie eine Umstellung. Die Fertigungs- oder Verarbeitungsindustrie wird in Zukunft in Deutschland überwiegend gegenüber der Schwerindustrie. Diese muß aber, um konkurrenzfähig zu sein, sich alle modernen Erzeugnisse der Technik aneignen. Allerdings, so wie zuerst die „Modernisierung“ in den Betrieben vorgenommen wird, bedeutet sie keinen Fortschritt. Amerikanische Arbeitsmethoden, unbeschweren nach den deutschen Betrieben zu verpflanzen, ohne die Eigenart und Lebensweise deutscher Arbeiter zu berücksichtigen, wird das Gegenteil einer Produktionssteigerung erreichen.

Der amerikanische Arbeiter mit einem Verdienst, der das Doppelte bis Dreifache des deutschen Arbeiters beträgt, ist für eine solch nervenzerrüttende Arbeitsmethode, wie das Taylor- und „Sandysystem“ widerstandsfähiger als der deutsche Arbeiter, der heute noch teilweise durch Krieg- und Kriegsfolgen gesundheitlich zerrüttet ist. Gewiß — wir müssen, um auf dem Weltmarkt wieder oben auf zu kommen, unsere Arbeitsmethoden vereinfachen, aber das kann nicht „Rohr über Hals“ geschehen, denn „eines schickt sich nicht für alle.“

Niedriger Lohn, lange Arbeitszeit und amerikanische Arbeitsmethoden würden die Gesundheit der Arbeiterchaft noch mehr untergraben und den Ruin unserer Industrie bedeuten. Heute bestreiten allerdings die Unternehmer, daß die Arbeiterchaft niedere Löhne habe. Untersuchungen wir später, was davon richtig ist. Zunächst, wie war es möglich, anfangs 1924 die Löhne zu drücken bzw. die Arbeitszeit zu verlängern?

Als 1918 das alte halbholistische System zusammenbrach, hatte die Sozialdemokratie unter größter Anstrengung das Reich gerettet. Die alte herrschende Clique war gesplittert oder hatte sich in allen Ecken und Winkeln zerstreut. Damals strömten große Massen von Arbeitern zu den Gewerkschaften, Arbeiter, die bis dahin indifferent oder gar feindlich den Organisationen gegenüber gestanden. Stürmisch verlangten sie, im Produktionsprozess mitzuwirken und nebenbei Löhne, die von der zusammengebrochenen Wirtschaft nicht aufgebracht werden konnten. Forderungen wirtschaftlicher und politischer Art wurden aufgestellt, die auf einmal zu erfüllen unmöglich gewesen wäre. Die Zeit zur Schulung dieser Massen fehlte. In den Gewerkschaften häufte sich ein Haufen von Arbeit, der nicht bewältigt werden konnte. Die Masse blieb jedoch gären-

dem Wein. Es kam der Bruderkampf in den eigenen Reihen. Da die hochgepannten Forderungen der ungeschulten Masse nicht erfüllt werden konnten, wurden die unzufriedenen Vorkämpfer gegen die Gewerkschaften und ihre Führer geschleudert. Die Versammlungen in den Betrieben ardeten sich aus zum politischen Tumult. Die verärgerte Kampfmethode der kommunistischen Gaultier drückten der Gewerkschaftsversammlung den Stempel auf, jedoch, anstatt die Massen zu schulen, diese abgelehnt wurden und wieder dem Stumpfsein verfielen. Die Inflation setzte ein, um im Jahre 1923 ihren Höhepunkt zu erreichen. Nun war die Gewerkschaft zur Lohnbewilligungsmaschine herabgedrückt und konnte an andere Aufgaben überhaupt nicht mehr denken. Trotz wöchentlich zweimaliger Verhandlung gelang es nicht, die Löhne auch nur einigermaßen den Preisverhältnissen anzupassen. Die bitterste Not lebte bei der Arbeiterchaft ein, und Verzweiflungsschreie griff bei ihr Platz.

Umgekehrt erzielten die Unternehmer Niefergewinne. Diese wurden verwandt, Land und Boden aufzukaufen, die Fabriken zu erweitern, den Maschinenpark zu vergrößern und zu erneuern, neue Direktionsgebäude mit allem Komfort erstellt, mit einem Wort, „Sachwerte“ geschaffen. Der Beamtenparagraf wurde bedeutend vergrößert und neue Direktionsstellen geschaffen. Da Deutschland in der Inflationsperiode konkurrenzlos seine Ware in alle Welt verschleuderte, wurde während dieser Zeit weniger auf Qualität als Quantität geschaut. Die Folge war eine ungeheure Aufblähung der Betriebe neben einer Reihe Neuerrichtungen aller Art. Ende Oktober 1923 setzte nun die Stabilisierung unserer Mark ein, und mit ihr die Stabilisierungskrise. Da stand nun die Wirtschaft plötzlich nahezu ohne arbeitsfähige Betriebe. Der größte Teil der Verdienste war umgemünzt in Sachwerte, aber an flüssigem Geld war Mangel. Sofort ardeten sich auch die Besetzungsleistungen der Krise in Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit. Erst mit dem Abschluß des Dawes-Guthachtens und der 800 Millionen-Anleihe, die der Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurde, belebte sich das Wirtschaftsleben etwas. Nun haben aber auch die Unternehmer ihre Zeit gekommen, um den Kampf den Gewerkschaften anzufangen. Der schon lang vorbereitete Kampf gegen den Achtstundentag begann. Der Abbau der sozialen schon niederen Löhne anstrebt. Außer im Streit war die Schwerindustrie.

Wie war es aber möglich, daß die Gewerkschaften in diesem Kampf in die Defensive gedrängt werden konnten? Hier trifft, wie schon angeführt, die größte Schuld die Forderung der Arbeiterbewegung, die kommunistische Partei, die durch ihre öden Schimpereien bei den neu hinzukommenden Massen, statt Liebe und Opfermut, Verärgerung, ja Ekel gegenüber ihren Organisationen erzeugte. Solange noch jede Woche Lohnverhandlungen stattfanden, glaubte ein großer Teil noch deshalb zu bleiben, weil ja der Lohn wöchentlich festgesetzt wurde. Als nun aber die Lohnbewilligungsmaschine außer Funktion trat, hatten viele festliches Interesse an der Zugehörigkeit zur Organisation verloren, deren Führer, wie ja in jeder Versammlung, in der Werkstatt und am Bierisch immer wieder gesagt wurde, ausgeschrotenen Lumpen und Verräter an der Arbeiterschaft seien. Dazu kam, daß die Gewerkschaften durch die Inflation finanziell ruiniert wurden. Diesen Moment benutzten die feindseligen Arbeiterorganisationen zum Generalkrieg gegen die Arbeiterorganisationen. Es gelang ihnen, diese in die Defensive zu drängen und in diesem ungleichen Kampf, wenn auch nach hartnäckiger Verteidigung, in einer Reihe Industrien die Verlängerung der Arbeitszeit unter Mithilfe staatlicher Schlichtungsbehörden, wie auch den Abbau der Löhne durchzusetzen.

Dieser Druck auf der ganzen Linie rief nun beargwöhnenderweise den Widerstand der Arbeiterchaft hervor. Was tausende Versammlungen nicht vermochten, die Scharfmacher im Unternehmerlager öffneten mit ihren Maßnahmen der Arbeiterchaft die Augen. Sie erkannten, daß es nur einen Weg gäbe, den Unternehmern Paroli zu bieten, der Zusammenstoß. Ein großer Teil der Ausgetretenen lebte wieder zurück zu ihren Gewerkschaften. Mit der Zeit erbollten sich auch die Gewerkschaften finanziell, und nun begann der Kampf erneut. Die Gewerkschaften erariffen wieder die Offensive zum Kampf für höhere Löhne und Wiederherstellung des Achtstundentages. Dies gelang auch teilweise. Die Anfangs 1924 geraden erdärmlichen Löhne wurden entsprechend den Preisverhältnissen erhöht, wenn auch noch nicht auf die Höhe der Friedensreal-Löhne gebracht. Der Kampf um die Wiederherstellung des Achtstundentages ist noch nicht abgeschlossen, aber die Gewerkschaften sind auf dem besten Wege ohne Parlament und Gesetz sich denselben wieder zu erringen.

Kreisvertreter-Tagung

Am Samstag fand in Freiburg ein zahlreich besuchter Kreisvertretertag der badischen Kreise statt. In den Verhandlungen befaßte man sich u. a. mit der Regelung des Fürsorgewesens in Baden, die den Gemeinden und Kreisen völlig übertragen werden müsse. Die Kreise sind zur Mitwirkung bei einer sachlichen Abgrenzung der Fürsorgeaufgaben zwischen Kreisen und Fürsorgeverbänden bereit, wobei in erster Linie die Bedürfnisse der Fürsorgebedürftigen berücksichtigt werden müssen. Zur Durchführung der Wandererfürsorge sind im Lande Baden 76 Wandererfürsorgestationen eingerichtet worden. Der Kreisrat spricht sich für eine reichsweite Regelung dieser Frage aus, und ist der Auffassung, daß die Wandererfrage durch eine Aenderung der Grundzüge für die Unterstützung Erwerbsloser, insbesondere durch eine Erhöhung der unzureichenden Unterstützungssätze, eingedämmt werden kann. Infolge der finanziellen Benachteiligung der Kreise durch die Aenderung des badischen Steuererfassungsgesetzes ist eine Erhöhung der Kreissteuern unvermeidlich. Als Kreisvorsitz wurde wiederum der Kreis Karlsruhe gewählt.

Direktoren der Redaktion

C. M. D. Am 21. Dezember 1922: 6750 Papiermarkt.

Der heutigen Ausgabe liegt für die Orte Darzlingen und Anielingen ein Prospekt „Neu eröffnet“ der Firma Pfannkuch u. Co. bei. Der Wohnort der genannten Orte ist an Hand dieses Angebots die Möglichkeit gegeben, ihren Bedarf in Lebens- und Genussmitteln zu billigen Preisen und in nur guten Qualitäten zu erwerben. Wir empfehlen den Prospekt besonderer Beachtung.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 3. Dezember

Geschichtsfelder

3. Dez.: 1709 Der Kammerrechner Abraham a Santa Clara in Wien. — 1857 Der Bildhauer Christian Rauch in Dresden. — 1918 Mannheimerordnung der Volksbeauftragten.

Parainachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Frauenaktion. Die Genossinnen, die dem Vorstand der Frauenaktion angehören, werden gebeten, am Freitag abend 7 Uhr sich Beiertheimer Allee 10 einzufinden zu wollen.

Weihnachts-Sendungen

Die nachstehende Weihnachtszeit stellt viele Verjender von kleineren Warenmengen bis zu 20 Kilo vor die Frage, ob sie ihre Sendungen mit der Post als Paket oder mit der Eisenbahn als Erprekaut versenden sollen. — Erprekaut wird in der Regel zu allen Tagen und Nachmittagen angenommen. Es wird mit allen verjenderbefördernden Zügen als auch mit Eil- und Schnellzügen regelmäßig befördert. Nur Luxusgüter sind ausgeschlossen. Nach weitergeleiteten Bestimmungen werden vorzugsweise und planmäßige Schnellzüge benutzt. Die Beförderung kann mit einem bestimmten Zug verlangt werden. Sonst erfolgt die Beförderung mit dem nächsten geeigneten Zug, selbst dann, wenn die Güter, kurz vor Abgang des Zuges aufgegeben werden. Die Erprekautbeförderung ist daher für leicht verderbliche und dringende Güter die beste Beförderungsart. Angenommen wird alles, was sich zur Beförderung im Packwagen eignet. Für dringliche und wertvolle Güter wird kein Preiszuschlag erhoben. Auf eine Erprekautkarte können bis zu fünf Stück verlangt werden; die Beförderung der Fracht erfolgt in diesen Fällen nach dem Gesamtgewicht der ganzen Sendung.

Wir geben dieser vom L. U. Büro verbreiteten und wahrcheinlich von der Reichsbahn inspirierten Reklamenotiz Raum, um auch unjereits für die Rentabilität der Reichsbahn beizutragen. — Trotdem mühten wir jedoch in den Lobweinen, der hier dem Erprekautverkehr freudig wird, etwas Ehrlichkeit hineinschütten und zwar aufgrund folgenden, sich erst dieser Tage ausgetragenen Vorfalles: Am 27. Nov. d. J. wurde von Weidlich ein Erprekautstück mit leicht verderblichem Inhalt nach Ruppurr geschickt mit der ausdrücklichen Anführung von Ruppurr als Bestimmungsort. Am 30. November erhielt der Empfänger von der Erprekautstelle Karlsruhe-Hauptbahnhof (trottdem Ruppurr als Bestimmungsstation angegeben war) die übliche Benachrichtigungskarte, daß ein Erprekaut angekommen und bei der Erprekautstelle Hauptbahnhof sofort abgeholt sei. Benachrichtigung wie auch im eigenen Interesse fragte sich sofort jemand auf den Weg von Ruppurr nach dem Hauptbahnhof, um das erwartete Gut in Empfang zu nehmen. Aber — o meiche Enttäufung — hier am Hauptbahnhof wurde der betr. Person eröffnet, daß das gewünschte Erprekaut nun inzwischen nach Ruppurr geschickt worden ist und zwar auf dem Wege über Ettlingen. Ja, über Ettlingen geschickt so etwas, trotdem 3 Minuten vom Karlsruher Hauptbahnhof entfernt der Albtalbahnhof liegt. Am Abend des 30. November erkundigte sich jodann der Empfänger am Albtalbahnhof in Ruppurr nach seinem Erprekaut und richtig, endlich war es angekommen. Es war also gerade 4 Tage auf dem Wege. Das fragliche Erprekaut wurde also am 27. November abgeschickt, am 28. November kam es in Karlsruhe-Hauptbahnhof an — der Empfänger wurde sogar zur Abholung auf dem Hauptbahnhof benachrichtigt — und erst am 30. November, nachdem es am 28. anlang, sollte das Erprekaut vom Karlsruher Hauptbahnhof nach Ettlingen und dann mit der Erprekauterleihe! Ob an einem betriebliden Erprekautverkehr der Personalarbeit nicht auch ein gerillt Maß von Schuld trägt?

Die Verdauungsfrankheiten

Es kann nicht genug den Menschen der Wert körperlicher Gesundheit, insbesondere der inneren Organe, vorgehalten und erläutert werden. Der Verein für naturgemäße Lebens- und Ernährungsweise (Naturheilverein) beschäftigt sich in der Bestenlichte durch Vorträge über körperliche, geistige und seelische Gesundheit annehmbar aufzufassen. Gestern Mittwoch abend fand im Dankelsaal ein öffentlicher Vortrag mit Lichtbildern über „Verdauungsfrankheiten“ statt. Herr Dr. med. W. A. L. K. Baden-Baden, leitender Arzt des Dr. Maltenjenschen Instituts für Nerven- und Stoffwechsellernheiten, konnte in wohlgeleiteten Worten einem überfüllten Saal viel Belehrendes geben. Aus seinen Darlegungen registrieren wir: Die Verdauung ist der Ausgangspunkt des Stoffwechsels und das ist das Grundbede, was die tote und lebende Materie voneinander trennt. Die Existenzgrundlage des Lebens ist die Ernährung, die richtige Verdauung. In dem Moment, wo alle organischen Systeme durch die Verdauung nicht ihre naturgemäße Funktion ausüben können, ist des Menschen Arbeitsfähigkeit und Leistungsfähigkeit auf die Dauer nicht möglich. Ungeleitete Nahrungsaufnahme bringt in jeder Beziehung Beschwerden. Die Verdauung funktioniert nur bei guter, richtiger Nahrungsaufnahme. Was ist richtige Nahrung? Es kommt darauf an, nach welchen Gesichtspunkten die Nahrung gewertet wird. Die sogenannten Kalorien, die jeder Mensch in bestimmtem Umfang benötigt, enthalten je nach dem Stoff eine bestimmte Menge Energie, die sich durch die Verdauung in lebensdienlicher Kraft anschießen. Das Fleisch ist der nahrhafteste Stoff. Es gibt die Nahrungsmittel dem Körper auszuführen, die die Verdauungsorgane nach Lage der Dinge verarbeiten können. Der Mensch soll das essen, was er mag und Darm eingrichtet sind. Man kann drei Gruppen unterscheiden: Fleisch, Pflanzenkost und Frucht-Essen, je nach dem individuellen einseitigsten Verdauungsorganen, die in ihrem Zustand am deutlichsten aus dem Befund der Säure erleben werden können. Des Menschen Säure haben den ausgesprochenen Zweck, die Nahrung zu zerleinern. Der Mensch ist von Natur aus Fruchtfresser. In Anbetracht der Gewohnheiten des Menschen ist eine abwechslungsreiche Ernährung notwendig. Der zweite Teil des Vortrages, der durch Lichtbilder wirkungsvolle Illustration erhielt, zeigte, wie die Verdauung gestört werden kann und gestört ist. Entzündungen, Geschwüre, Krebs fanden eingehende Erläuterungen, weiterhin die Darmleiden, die Verstopfung usw.

Das Ergebnis des Kinderballon-Wettbewerbs

Nach der Entscheidung des Preisgerichts, das am 1. Dez. 1925 zusammengesetzt war und aus den Herren: Direktor Prof. Dr. A. Beppler, Hauptkassierer Wüstel und Obersekretär Krauß bestanden hat, kommen die folgende Preise für den Wettbewerb mit Kinderballons in folgender Weise zur Verteilung: Erster Preis: Großer Rundflug auf Karlsruhe, 20 RM. Preisträger: Fütterer, Heinrich, Gundorf

Waldenburg (Medienburg-Strelitz). Entfernung 558 Km. Zweiter Preis: Großer Rundflug auf Karlsruhe oder 15 RM. Preisträger: Schlegel, Paul, Gundorf, Friedrich auf Rauga. Entfernung 334 Km. Dritter Preis: 10 RM. Preisträger: Beyer, Hedwig, Gundorf, Kleinewasser. Entfernung 324 Kilometer. 16 Preise zu 5 RM. Die in Klammern gesetzten Orte sind die B und ort e: Mier, Walter (Gundorf, Thüringen), Wiegand, Eleonore (Kalloda, Schwab, Mier, (Martianau), Konez, Rudolf (Wiesleben), Klein, Emil (Görsdorf), Solter, Siegfried (Dolze), Fesler, Otto (Draisdorf, Oberl.), Jester, Erich (Wittau, Oberl.), Hochstetel, Doris (Trensdorf, Oberl.), 10 Preise — je ein Zug: Bedert, Efriede (Großmühlheim), Schott, Albrecht (Oberndorf, Oberl.), Rint, Melanie (Wöschendorf bei Fulda), Bollrad, Gertrud (Bad Rissin), Blun, Bielefeld (Gamera bei Kallod), Hasler, Hans (Allersbach, Bes. Kallod), Oberle Marie (Altschiffen, Unterl.), Berge, Ella (Bernsd bei Wittaburg), Walter, Naja (Cottell, Unterl.), Zorner, Emil (Großhohheim, Unterl.).

Die Preisträger, bzw. deren Eltern oder Angehörigen werden gebeten, unter Vorzeichen eines Manneifes (Schülerausweis) am Donnerstag, den 3. Dezember, oder am Freitag, den 4. Dezember, jeweils nachmittags zwischen 3 bis 6 Uhr zur Entgegennahme der Preise sich auf der Landesmeisterwarte, Durlacher-Allee Nr. 56, einzufinden zu wollen. Betschlag ist der Wunsch geäußert worden, daß die aufgefundenen Teilnehmer der Kinder, die nicht mit einem Preis bedacht werden konnten, auch diesen als Dankzeichen erhalten werden möchten. Wer einen genau adressierten Freiumschlag (Stadtbriefe mit 5 Pf. frankiert) einwendet, erhält die Karte durch die Post zurück.

Wozu das Stadtschulamt nicht da ist

Wir erhalten folgende Zuschrift: In den Schulhäusern von Karlsruhe airturiert zurzeit von Amtswegen eine Bestellliste auf das Buch „Reichsbilder 1870/71“ von Johannes Kleinheins. Dieser Liste ist ein soa. „Wahrscheitel“ des Verlages Ma d Lo i (Karlsruhe) angeheftet, der einige sehr interessante Sätze enthält. So heißt es: „Sie sind selten geworden, die Männer, die es in dieser Zeit der Schmach noch wagten, unjer Volk auf seine arderliche Verzweiflung, auf die Zeit seines Verberns und Aufstiegs hinzuweisen.“ Aber Herr Kleinheins ist einer von diesen seltenen Männern! Denn: „Heberall, wo noch ein Funke deutscher Vaterlandsliebe glüht, wird dieses Buch sich Einzug verschaffen!“ Also, merke was, lieber Herr Lehrer, Madiot und das Stadtschulamt helfen fest, daß in dir kein Funke deutscher Vaterlandsliebe glüht, wenn du dich nicht auf der Mühe in die Bestell-Liste einträufst. Denn dann beweist du damit, daß auch bei dir, wie der Wahrscheitel so schön sagt, „unjer dürftiger Nationalgeist“ vorhanden ist und auch du noch nicht weißt, „wieweil wir von unjerem Bedrückten noch zu lernen haben.“

Das alles wird dann amtlich (!) festhalten. Denn diese geschäftliche Aktion des lüchtligen Verlages Madiot wird in Dienststunden erledigt; mitten in der schönsten Unterrichtsstunde klopf es herein tritt ein Schüler, überreicht der Wahrscheitel, das Schulbücheramt der Stadtschulamts, das Hausamt und der betr. Oberlehrer; der Lehrer unterbricht die Arbeit, steht, schneidet sich ein oder nicht, befehligen über schriftliche die Kenntnisnahme, schickt den Bittel mit einem Schüler weiter; die Sache dauert zwar nur ein paar Minuten, aber immerhin, der Unterricht ist gestört, bei jedem Lehrer, in allen Schulhäusern. Warum? Damit Herr Madiot ein Geschäft macht und völlige Wahrscheitel amtlich gelesen sind. Der Fall hat eine sehr grundsätzliche Seite. Zudem nehmen wir an, daß nicht nur in der Karlsruhe Schulen, sondern auch an andere Volksschulen des Landes dieser Reklamezettel angehangen ist. Betschlag interessiert sich der neue Unterrichtsminister dafür!

Die neue Großmacht

Film der 1. Internationalen Arbeiter-Olympia 1925 zu Frankfurt a. M. Das Interesse an der Aufführung des Olympiadefilms ist in Karlsruhe ein sehr großes, wie der Kartenverkauf beweist. Der Eintrittspreis beträgt 80 Pf. und 1,20 M. Am Samstag, den 12. Dezember, findet nachm. 4 Uhr für Schüler und Schülerinnen eine Vorkellung zum ermäßigten Preise von 30 Pf. statt. Wir empfehlen hierauf besonders die Eltern und Lehrer der Karlsruher Schulen.

Stimmen der Betrüger in Bezug über den Olympiadefilm: „12 Uhr Mittagszeitung“: ... unter Wilhelm Praggers Regie den imposantesten Sportfilm, der je in Deutschland aufgenommen wurde. Man sah einen Film zur Gesundheit und Stärkung der Menschen, und da der Film international ist, ein kleines Mittel zum großen Problem der Volkserziehung. — Welt am Abend“: Die Wertfilm G. m. b. H. hat in diesem Film ein Werk geschaffen, das schon technisch in die Reihe der besten deutschen Großfilme gehört. — „Wohlfühlzeitung“: ... zeigte der Film eine Reihe sehr guter Bilder, hervorzuheben sportliche Leistungen und höchst interessante Zeitgenussnahmen. In der technischen Vollkommenheit seiner Aufnahmen und interessanter Motive bürgt er für Erreichung des angestrebten Zieles.

(1) 20. Stiftungsfest des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffeeanstalten. Die hiesige Ortsgruppe des vorstehenden Verbandes ließ es sich nicht nehmen, das 20. Stiftungsfest durch eine spezielle Feier zu bezeichnen, womit auch eine Wohltätigkeitsveranstaltung verbunden war. Und so fanden sich die Mitglieder und Gönner zu der Feier am Dienstag abend in den „Friedrichshof“ recht zahlreich ein. Insbesondere nach Mitternacht, dem Geschäftsjahres für das Hotel- und Restaurationspersonal, war die Zentralverbände-Familie sehr zahlreich geworden. Es herrschte die allerbestmögliche Stimmung und Unterhaltung, die durch Lieberorträge des Herrn B r a z l e r (Beleiter Herr Tietz) noch erhöht wurde. Wie ja immer bei solchen Gelegenheiten, wo sich die Hotel-, Restaurant- und Kaffeeanstalten zu einer Feier einfinden, durfte auch beim 20. Stiftungsfest die T a m b o l a nicht fehlen und es waren wirklich delikate, appetitregende Gewinne, die leben bewegen haben, seinen Geldbeutel aufzumachen. Es ist letzteres schon deshalb auch leichter gefallen, da das finanzielle Ergebnis der Tambola für Wohltätigkeitszwecke verwendet wird. So verließ die Veranstaltung auf das Beste und sie hat sicherlich dazu beigetragen, das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Treue zum Verband zu fördern.

(2) Gesangverein „Gleichheit“. Samstag, 28. Nov., fand im Lokal unjer diesjährige ordentliche Generalversammlung statt. Ein heijerer Besuch war diesmal von den passiven Mitgliedern zu verzeichnen. Nach Erstattung des Geschäfts- und Kassenberichts, welcher allgemeine Betriebsabrechnung hervorrief und einstimmig der Vereinsleitung sowie dem Unterfasserer Büchel ein glänzendes Zeugnis für ihre Tätigkeit ausstellte, kam die Neuwahl der Vereinsleitung. Auf Vorschlag wurde die ganze Vereinsleitung mit Ausnahme der Revisoren per Affirmation einstimmig wiedergewählt, was mit großem Beifall begrüßt wurde. Es sind gewählt worden: Martin Hirsche, 1. Vorl., Wilhelm Betschlag, 2. Vorl., Heinrich Dumburger, Sängervorstand; Kris Emil, Kassierer; Hugo Ammann, Schriftführer; G. Sänge, Stellvertreter;

Beisitzer: Herr Karl I. Gustel Gärtnere, Adolf Weisbrod, Hermann Kunz (neu eingetretten), Robert Kinsles, Josef Schlegel, Georg Schmitt, Revisoren: Karl Bauer, Leichmann, H. Schneider; Fahrenkollegium: P. Schott, G. Schmitt, A. Hofmann. In der Diskussion fand eine sehr lebhaft Ausgesprochen, besonders über Mantelarbeiten und Querschnittarbeiten gewisser Mitarbeiter zum Schaden des Vereins. Da Vorstand getroffen wurde, helfen wir, daß solche Zustände in Zukunft nicht wiederkehren. Darauf schloß der Vorstand nach einem beschwerlichen Mittelsitz, mitausweislich, und mitausweislich, seker Zusammenhalten, mitausweislich, und mitausweislich, waren sich noch unter Gründungsmitgliedern, im Interesse des Vereins und der Arbeiterbewegung, Mühen alle, die uns fernstehen, besonders die langgestaltete Jugend, einzutreten in unsere Mitte, statt ihr Geld unnißiger Weise zu verwenden, da dieselbe in der Arbeiterbewegung bessere Früchte tragen wird. Nachdem Dank der Vereinsleitung und Durlach auf neuem Schaffen für den Lustigen der „Gleichheit“ und zum Wohl der Arbeiterkraft, Singstunde Freitag, 4. Dez., im Lokal Philister, Baumelkerstraße. A. Sch.

Ud. Eine tollekeife Delirantität vor 100 Jahren. Während in der Welt — und dies seit langen Jahren schon — die Bestimmung von Brickschiffen in der gleichen Stadt eine Selbstverständlichkeit ist, dachte man darüber vor 100 Jahren anders, wie eine Verfügung der damaligen Groß- und Polizeiverwaltung anlässlich der Einrichtung einer neuen Brickschiffen in der Stadt F o r z e h e i m beweist. Die Verordnung besaß u. a.: Briefe, welche an Personen und Stellen in Brickschiffen Stadt adressiert sind, dürfen weder am Schalter ausgegeben, noch in die Brickschiffen gelegt werden. Finden sich democh dergleichen Briefe in der Lade vor, so werden sie nicht beiliegend, sondern unerröckter verbrannt.

Aus den Vororten

Ruppurr. Soa Arbeiterjugend. Unser Monatsprogramm für Dezember 1925: Donnerstag, 3. Dez., Spielabend, Freitag, 4. Dez., Musik, Sonntag, 6. Dez., Besichtigung am „Rebe“ und Enternabend der Eitlinger Ortsgruppe. Treffpunkt 8.30 Uhr Ostendorferplatz. Montag, 7. Dez., Vortrag von unjerem Mitarbeiter Gen. Prof. Dietrich über „Sozialistische Gedanken“. Die Vorträge (Arbeitergemeinschaft) von Gen. Prof. Dietrich sind sehr lehrreich, wir bitten deshalb, sich daran zu beteiligen. Donnerstag, 10. Dez., Singabend. Samstag, 12. Dez., Weihnachtsfeier in Karlsruhe. Sonntag, 13. Dez., Arbeitergemeinschaft. Montag, 14. Dez., Reigen. Donnerstag, 17. Dez., Diskussionsabend. Freitag, 18. Dez., Musik. Sonntag, 20. Dez., Kinderbegehung der Naturfreunde (im „Grünen Baum“). Montag, 21. Dez., Weihnachtsfeier. Am 25., 26., 27. Dez. Wanderung. Montag, 28. Dez., Schützenfahrt? Donnerstag, 31. Dez., beim Arbeiter-Turnverein Ruppurr. Unser Lokal ist das Schulhaus. Freunde und Freundinnen willkommen. Unsere Sonnenwende begeben wir mit 8.11.1925 an der Schwisquelle am 10. Januar 1926, abends 8 Uhr. Jedermann hat Zutritt. Näheres über die Sonnenwende wird noch bekanntgegeben.

Durlach. Unjere Siferre nach besseren Verkehrsverhältnissen bis hierher bei der Stadtverwaltung ganz überhört worden! Wir sehen uns deshalb veranlaßt, vor aller Defensivität uns damit zu befassen, um zu zeigen, daß es uns ernst ist. Zu diesem Zweck findet am kommenden Samstag (6. Dez.) abends 8 Uhr im Gasthaus zum „Lohn“ eine Versammlung statt, zu welcher alle Interessenten eingeladen sind. Insbesondere sind es die Bewohner der Altsiedlung, welche stark daran interessiert sind. Das Material hat Herr Bürgermeister Schneider übernommen.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landesheiler: „Was ihr wollt“, 7.30 bis 10.15 Uhr. Komikerhaus: Bad. Lichtspiele: „Im Wunderland des ewigen Eises“, abends 8 Uhr. Colosseum: Wiener Kammeroperette „Der letzte Frühling“, 8 Uhr. Kaffee Bauer: Abends 8 1/2 Uhr Sonderkonzert. Heilighaus: „Die Leuchte des Lebens“. Palast-Theater: „Bei mir — Niagara“. „Hans Jeltens“ Reizebenteuer“. „Wa-Woogenschau Nr. 11.“

Aus der Stadt Durlach

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Sonntag, 6. Dez., Ausmarsch mit Spielzeugen. Amarsch 1/2 Uhr am Schloßplatz. Die Kameraden werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Esterbälle. Johann Schmatz, 27 Jahre alt, Schreiner, ledig. Günstler, 11 Monat 8 Tage alt, Vater Anton Reber, Straßenbahnschaffner. Alwine Johs, 65 Jahre alt, Witwe von Karl Johs, Verl.-Beamter. Deina, 6 Monate 18 Tage alt, 3. Verdingend Gältlinger, Finanzsekretär. Emma Wehler, 31 Jahre alt, Witwe von Franz Wehler, Autobakter. Andreas Gunkel, 59 Jahre alt, Eisenbahn-Oberbahnhöfner, Ehemann. Wilhelm Schott, 67 Jahre alt, Kaufmann, Witwer. Gaim Cortial, 73 Jahre alt, Fabrikarbeiter, ledig. Wilhelm Hartmann, 72 Jahre alt, Hausmeister a. D., Witwer.

Bis zur Vollkommenheit

steigern Sie Ihre Fertigkeit in der Herstellung selbstgebackener Torten und Kuchen, weil es Ihnen geradezu Vergnügen macht, nach Dr. Oetker's sorgfältig ausprobierten Rezepten zu backen und weil Sie dabei immer ihres Erfolges sicher sind.

Bitte versuchen Sie:

Nußtorte (ungefüllt)

100 g Nuskerne	6 Eier
100 g Mandeln	1 Teelöffel Dr. Oetker's Backpulver „Backin“
200 g Zucker	
180 g Mehl	

Zubereitung: Die Nusse und Mandeln werden fein gerieben, mit Zucker, Eigelb und etwas Wasser schaumig gerührt. Das Eiweiß wird zu festem Schnee geschlagen und mit dem Mehl vorsichtig unter die Masse gehoben. Dann fällt man dieselbe in eine Springform und bäckt diese Torte in einem nicht zu heißen Ofen. Nach dem Erkalten gliedert man sie mit Vanille-Glasur und trocknet sie im Ofen ab. Vanille-Glasur: Ein Päckchen Dr. Oetker's Vanillin-Zucker wird ganz fein gerieben, in 100 g Puderzucker und einem Teelöffel 20 Min. dick u. schaumig gerührt.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften, wenn vergriffen, umsonst u. portofrei von Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Vertrauensvotum für die Badische Regierung

Schluß der politischen Aussprache / Karlsruhe Technische Hochschule und schwarz-rot-goldene Fahne / Kommunistisches Wertel / Abstimmung / 36 für, 3 gegen, 29 Enthaltungen

Nachdem noch zwei Redner, ein Demokrat und ein Kommunist gesprochen, hatte endlich die dreitägige Redebühne ihr Ende erreicht. Für die Demokraten sprach als zweiter Sprecher Abg. Scheel-Mannheim. Viel zu lang währte er nicht. Die Tonart der Demokraten wird immer gedämpfter. Herr Scheel lehrte sich vorwiegend mit dem Zentrum auseinander und im einzelnen behandelte er eine Berufsangelegenheit eines Professors an der Universität Freiburg, welche Angelegenheit den Hauptstreitpunkt zwischen Zentrum und Demokraten bildet. Minister Kemmle sprach zum ersten Male in seiner Eigenschaft als Kultus- und Unterrichtsminister, er behandelte in ausführlicher Weise die Freiburger Sache. Es dürfte nun an der Zeit sein, daß in dieser Angelegenheit Ruhe eintritt und unter sie ein Strich gemacht wird, wie es auch der Minister verlangte.

Bemerkenswert waren die Erklärungen des Ministers bezüglich des Verhaltens des republikanischen Studentenbundes gegenüber dem republikanischen Studentenbund und dem demokratischen Studentenbund. Bekanntlich von dem demokratischen und durch verlesenen Studentenbundesverband worden, die schwarz-rot-goldene Fahne beim Aufmarsch der Studentenchaft mitzuführen. Auf die Kritik dieses „Studentenstreiks“ in der Öffentlichkeit hin, nun der Große Senat der technischen Hochschule Schreiben an das Kultusministerium gerichtet, in dem die Körperschaft der Professoren in der Angelegenheit Unterstützung zu geben versucht. Die Unterstützung ist eine bloße Usurpation. In dem Schreiben wird nämlich festgestellt: Nur Korporationen dürfen Fahnen mitführen! Der republikanische Studentenbund hat sich wohl vor Jahren beim Senat als Vereinigung angemeldet! Aber diese Anmeldung wurde bis jetzt noch nicht dem Studentenrat weitergegeben, so daß dieser an sich im Recht war, den republikanischen Studenten die Mitführung einer Fahne zu verbieten! Deutsche Professoren sind es fertig, solche eine skandalöse Ausrede der Öffentlichkeit vorzutragen; allerdings so etwas bringen nur die deutsche Professoren fertig! Als ob die schwarz-rot-goldene Fahne der republikanischen Studenten nicht irgend eine buntpfarbige Vereinsfahne wäre! Und nicht vielmehr die verfassungsmäßig festgelegte Fahne der Deutschen Republik. Um diese deutschen Fahnen beim Empfang des Präsidenten der Deutschen Republik zeigen zu dürfen, muß eine Studentenvereinigung erst bei einem hohen Senat und einem verehrlichen Studentenrat angemeldet sein! Ist das die Aufgabe der Professoren der Fahne der Deutschen Republik entgegenbringen? Nun verstehen wir die ganzen weissen Handlanger Vorfälle bei der Jahreshundertfeier der technischen Hochschule. Wenn die politischen Studenten immer frecher werden, ihr Benehmen immer provozierender, so wundert uns das nach dieser Inhaftierung des Senats der „Friedriciana“ nicht mehr.

Nachdem noch ein Kommunist, Lechleiter aus Mannheim, durch eine „geistvolle“ Aussprache seinen Teil zur Erweiterung der Hörerschaft beigetragen, konnte endlich die Debatte geschlossen werden.

Es folgte die Abstimmung über den Vertrauensvotum für die Regierung. Mit 36 Stimmen der Regierungsparteien — die 6 Regierungsmitglieder enthielten sich der Stimme — gegen 3 Stimmen der Kommunisten und 29 Enthaltungen der bürgerlichen Opposition wurde die Regierungserklärung gebilligt und der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Mit der Aussprache und der Abstimmung darf die Regierung zufrieden sein. Ihre Erklärung fand kaum irgend welche ernsthafte Kritik. Wäre die Fahnenangelegenheit beim Besuch des Reichspräsidenten nicht zu solcher Zeit in der Debatte mitbehandelt worden, die Opposition hätte überhaupt keine Angriffsfläche gefunden. Und in dieser Fahnenfrage darf der Minister des Innern noch einen speziellen Erfolg für sich behaupten, denn seine Maßnahmen fanden bei einer Mehrheit des Hauses Billigung. Die militärische Attende, die der Major und ein Oberleutnant gegen den Innenminister richteten, brach glänzend und jämmerlich im Abwehrfeuer des Ministers zusammen. Sie fielen nicht mehr, die deutschen Militärs — seit sie den Säbel mit dem Mundwerk verkauft haben! Wäge die Niederlage der beiden Herren eine heilsame Lehre sein.

9. Sitzung
h. w. Karlsruhe, 2. Dez. 1925.

Präsident Dr. Baumgarten eröffnet nach 3.45 Uhr die Sitzung. Es ist ein Antrag Scholer eingegangen, der namensliche Vertrauensvotum über das Vertrauensvotum für die Regierung verlangt. Weiter ist ein Antrag der Karlsruher Erwerbslosenkommission betr. die Forderung der Erwerbslosen einzureichen. (Das Karlsruher Gewerkschaftsamt hat sich bereits schon vor einiger Zeit gegen diese „Erwerbslosenkommission“ wandt, da es ein unter kommunistischem Einfluß stehendes wildes Gebilde ist.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Abg. Dr. Maier (Kommunist) eine Erklärung seiner Fraktion ab. in der Aufschluß über die Angelegenheit u. A. gegeben wird. Die Erklärung hat kein weiteres öffentliches Interesse.

In der Fortsetzung der politischen Aussprache beschließt sich Abg. Scheel (Dem.) zunächst mit der Koalitionsfrage. Was die Weimarer Koalition im verfallenen Sinne angeht, das verantworten die Demokraten mit, während die Vorzüge beim Hindenburgempfang. Die Fahnenangelegenheit wird von einem demokratischen Demokraten nicht herabwürdigend behandelt werden. Aber sie ist in den letzten Jahren mehr und mehr Fahne der Opposition, der Gegner der Republik und damit der Gegner der Staatsform geworden. Die Haltung des Ministeriums des Innern beim Empfang des Reichspräsidenten billigen wir. — Im Verlaufe der Rede an den Hochschulen bestehen alle traditionellen Gebräuche, die den Fakultäten erhoben bleiben sollen. Konfession oder politische Gesinnung dürfen keine ausschlaggebende Rolle bei einer Berufung spielen. Im weiteren lehrte sich der Redner mit dem Zentrum auseinander in der Angelegenheit der Hochschulfragen, was bekanntlich der wichtigste Punkt in der Differenz zwischen Demokratie und Zentrum ist. In Bezug auf das Budget trägt eine Regierungspartei dieselbe Verantwortung, als sie 6 Mandate hat oder 28. Wir wollen nur sozial Verantwortung übernehmen, als wir denen gegenüber tragen können, deren Gesinnung wir vertreten. Weimarer Koalition und Große Koalition ist für uns kein Dogma. Für uns ist entscheidend, ob wir in das Regierungshaus als letzte Mieter einziehen oder als gleichberechtigte Partei. Durch die Zwischenfälle Mathes-Rüder und Bauer-Kemmel sind sich die beiden Parteien nicht näher gekommen. Eine Massenpartei, wie die Sozialdemokratie, darf nicht ausgeschlossen werden, wenn sie mitarbeiten will. Ebenso können wir einen Wirerblock ab. Im weiteren befaßte sich der Redner mit sozialen Fragen, mit der Gebäudesteuer, verlangt langfristige Kredite für die Industrie, begrüßt den Vertrag von Locarno, wobei er das Verhalten der Deutschnationalen scharf kritisiert. Bezüglich der Abstimmung über die Regierungserklärung wurde sich die demokratische Fraktion der Stimme enthielt.

Minister des Innern und Unterrichts Kemmle teilte mit, daß gegenwärtig Verhandlungen der Länderregierungen über eine gemeinsame Auslösung des Grundschulgesetzes im Gange seien. — Bezüglich der Berufungsfrage an der Universität Freiburg, die wiederholt in der Debatte behandelt wurde, gibt der Minister die erste Mitteilung. Es handelt sich um die Besetzung der ersten Stelle für mittelalterliche Geschichte, wobei die Konfession des zu berufenden Professors eine Rolle spielte. Der Minister bittet demnach, nun unter dieser Angelegenheit einen Strich zu ziehen. Die Qualifikation bildet in der ersten Linie den Ausschlag bei einer Berufung. Gesichtlich der räumlichen Notwendigkeiten werden nicht ausgeschlossen, ebenso nicht bestimmte Abmachungen. Es ist aber ein unumgänglicher Zustand, daß die Regierung ihre Unterstützung erst unter eine Berufung setzen kann, wenn der Berufene bereits in Amt und Würden ist. Es muß den Mitarbeitern des Kabinetts die Möglichkeit gegeben werden, in einem Stadium, wo Bemerkungen an einer Berufung noch möglich sind, an einer Berufung Stellung zu nehmen.

Zum Schluß verliest der Minister eine Zuschrift des Rektorats der technischen Hochschule, in der über die Stellungnahme des Großen Rats zum Verbot des Mitführens der schwarz-rot-goldenen Fahne durch den republikanischen Studentenbund beim Hindenburg-Empfang Mitteilung gemacht wird. Bisher hätten die republikanischen Studenten eine Fahne nicht gehabt, das Erscheinen der Fahne beim Zug zum Hindenburg-Empfang sei nicht gemeldet gewesen, zumal auch der republikanische Studentenbund beim Studentenrat nicht angemeldet war, obwohl beim Senat die Anmeldung bereits vor einem Jahr eingegangen ist. Anlaß zum Einreichen gegen den Studentenrat liegt daher nicht vor. (Diese letzten Ausführungen der technischen Hochschule lösten bei der Linken lebhafteste Entrüstung aus.) — Als Minister des Innern befaßte sich Minister Kemmle demnach mit der Gewährung von Realrediten an die Landwirtschaft, er teilte dabei einen Bericht der Rheinischen Synodalkonferenz über die bisher gewährten Kredite mit; auf die Zinsbefreiung hat die Regierung keinen Einfluß. Auf dem Wege des Auslandscredits allein läßt sich unsere Wirtschaft nicht erhalten. Die Regierung wird alles tun, um das Maß der Not herabzudrücken. Aber man darf von der Regierung nicht alles erwarten. Wir werden das, was das Reich tun wird, mit unseren schwachen Kräften unterstützen.

Abg. Velschler (Komm.) erklärt, daß seine Fraktion dem Vertrauensvotum für die Regierung nicht zustimmen werde. Er ist mit der vorgelegenen Hilfe für die Sozial- und Kleinrentner nicht zufrieden. In Schulfragen können die Rechte nicht von Moskau, sondern von Rom (Gesetzgeber) kommen. Die Sozialdemokratie gegenüber Ausland ist schuld, daß für die Erwerbslosen nicht mehr getan werden kann. Der Beamtenvertrag bringt nicht mehr getan werden kann. Im im Westen Frieden zu haben um gegen Osten Krieg führen zu können. (Zuruf: Unfinn.) Die „Rede“ befaßte sich ausschließlich mit der Sozialdemokratie; das Zeug, das der Herr vorzählte, war unter aller Kanone. Unter anderem meinte er, wenn die Sowjetmacht in Berlin ihren Gästen Kartoffeln und Sauermilch statt Kaviar und Vögel geboten hätte, dann wäre niemand gekommen! Auch weiter hallen dauernd Heiterkeitsausbrüche durch das Haus.

Nachdem durch diese Rede das Niveau der Debatte auf die denkbar größte Tiefe gesunken war, war die politische Aussprache beendet.

Abg. Scholer (Str.) begründet kurz den Antrag, der der Regierung das Vertrauen ausspricht und die Regierungserklärung billigt.

Abg. Schmittknecht (Dnt.) hielt ein im Verhältnis zu seiner Majors-Rede am Montag sehr abgemessenes Schlußwort. Er versichert, daß er gegen eine Gerächelung der neuen Regierung sei und der Regierung den guten Glauben bei ihren Maßnahmen zugesetzt.

Abg. Maier (Dnt.) erklärt Stimmhaltung seiner Fraktion. Er wünsche den neuen Männern Gottes Beistand, den sie notwendig brauchen könnten.

Die Abstimmung über den Vertrauensantrag

Der Antrag lautet:

1. Die Erklärung der Regierung vom 30. November 1925 wird gebilligt.
2. Der Regierung wird das Vertrauen ausgesprochen.

Die Abstimmung ist eine namentliche. Geschlossen für den Antrag stimmten das Zentrum und die Sozialdemokratie, Demokraten, Deutsche Volkspartei und Bürgervereinigung. Enthielten sich der Stimme. Die Kommunisten stimmten dagegen. Der Antrag wurde mit 36 gegen 3 Stimmen angenommen bei 29 Enthaltungen. Abgelehnt haben 68 Abgeordnete. Die im Verhältnis zur Abstimmung bei der Regierungsbildung kleinere Zahl der Stimmen für die Regierung rührt daher, daß naturgemäß die Regierungsmitglieder sich der Stimme enthielten.

In einer persönlichen Erklärung verlangt Abg. Bauer (D. Volksp.) vom Minister des Innern Schus gegen die Angriffe in der sozialdemokratischen Presse. Minister Kemmle erklärte, daß es nicht seine Aufgabe sei, sich außerhalb seiner dienstlichen Obliegenheit mit Angelegenheiten der Presse zu befassen. Im übrigen habe Abg. Bauer seinerzeit bei der Einwohnerversammlung nicht ein Eisen im Feuer gehabt, sondern deren verschiedene. Es folgen eine weitere Reihe persönlicher Bemerkungen, worauf um 6.45 Uhr die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf Donnerstag, vorm. 9 Uhr festgesetzt wird.

Die Not der Arbeitslosen, Sozial- und Kleinrentner, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen

war am Mittwoch Gegenstand einsehender und ernsthafter Beratungen im Haushaltsausschuß des Badischen Landtags. Beratungen gaben Anträge, die zunächst von der sozialdemokratischen Fraktion, späterhin auch von anderen Fraktionen eingebracht wurden und die zum Ziele hatten, zum Zweck einer einmaligen Zuschußunterstützung an Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen eine Million auszuwerfen. Berichterstatter war der Abg. Dr. Föhr. Am 15. November 1925 waren in Deutschland 471 000 Arbeitslose vorhanden. In Baden wurden am 15. November 1925 gezählt 15 457 Zuschußempfänger und 14 911 Hauptempfänger von Arbeitslosenunterstützung. Die Hauptberufe der Arbeitslosigkeit sind die Berufe Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Bruchsal. Den Hauptanteil der Arbeitslosen stellen die angelernten Arbeiter, ihnen folgen die Metallarbeiter mit 25 Prozent, die Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, die landwirtschaftlichen Angehörigen und die im Bergbau beschäftigten. Baden ist in drei Wirtschaftsgebiete eingeteilt. Die Unterhaltungsgebiete sind wie folgt verteilt: Wirtschaftsgebiet 1: tägliche Unterstützung an über 21 Jahre alte Erwerbslose 91 3 bis 1,15 M.; 2: 1,08 bis 1,35 M.; 3: 1,15 bis 1,45 M. Hierzu treten die Zuschüsse für Ehefrauen und Kinder. Die vorstehenden Sätze verstehen sich für die Ortsklasse A. Im September 1925 wurden in Baden an Unterhaltungen ausgegeben 423 000 M. Würden bei dem heutigen Stand der Arbeitslosigkeit 500 000 M. zur einmaligen Unterstützung an Erwerbslose aufgewandt, so läge ein Durchschnittssatz von 27,50 M. in Frage. Von 18 000 Arbeitslosen wurde Pflichtarbeit geleistet. In Baden sind zurzeit 710 Hoffahndarbeiter vorhanden.

Der Antrag des Berichterstatters Dr. Föhr soll dahin, den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion anzunehmen, den 500 000 RM. veranlagt, um die arbeitslose Lage der Erwerbslosen durch eine einmalige Zuschußunterstützung zu lindern, der die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Unterhaltungsätze der Erwerbslosen alsbald erhöht und außerdem die Kurzarbeitersulage wieder eingeführt wird.

In der Aussprache vertrat ein Redner der Bürgerlichen Vereinigung die Auffassung, es sollen diese 500 000 RM. in Naturalien (Kartoffeln usw.) an die Erwerbslosen verabfolgt werden. Von sozialdemokratischer Seite wurde erklärt, daß dieser Weg nicht zu beschreiten sei. In vielen Haushaltungen fehle es an Schuhen, Kleibern, Wäsche usw. Es müßten deshalb Nahrungsmittel verabfolgt werden. Mit Nachdruck wurde auf die auch in Baden bedrohlich steigende Arbeitslosigkeit hingewiesen, die heute wohl 18 000—20 000 Arbeitslose auf die Straße geführt habe. Notwendig sei vor allem auch die Gleichstellung der weiblichen mit den männlichen Erwerbslosen. Der ausserordentliche Betrag von 500 000 RM. sei ein Tropfen auf einen heißen Stein. Besonders groß sei die Not bei den Ausgewanderten, deren Zahl stetig ansteige. In Mannheim erhalte ein über 21 Jahre alter Erwerbsloser mit 2 Kindern wöchentlich 16,20 M. Die Unternehmungen seien in ihren Maßnahmen nicht genügend brutal, die alten Arbeiter, die seit Jahrzehnten in den Betrieben stets ihre schweren Pflichten erfüllt, wurden entlassen. Die Leute kommen mit ihren 50 bis 60 Jahren nirgends mehr unter.

Die Reichsbahn wolle ebenfalls wieder 44 000 Leute entlassen. Gegen dieses Vorgehen müsse energisch Einspruch erhoben werden. Von Regierungsseite wurde erklärt, daß mehr als insgesamt 1 Million Mark nicht zur Verfügung gestellt werden könnte. Von Zentrumseite wird das Unzulängliche der Summe anerkannt und gewünscht, daß der Finanzminister gehört werde. Von Seiten der Deutschen Volkspartei wird Wert auf die produktive Arbeitslosenunterstützung gelegt. Ein Antrag Heurich (Zentr.) verlangt Aufklärung über den Umfang der in Baden geübten Hoffahndarbeiten. Von Zentrumseite werden die Abbaumassnahmen der Reichsbahn als brutal bezeichnet und gewünscht, daß das Aufkommen aus der Gebäudesteuer reiflos für den Wohnungsbau verwendet werde.

Ministerialrat Dr. Engler hat die Verteilung der Unterhaltungsätze vorgeschlagen. Baden marschiert mit der Zahl seiner Erwerbslosen im Vergleich mit der Zahl der Beschäftigten an der Spitze. Renten und andere Unternehmungen würden zwar ihre Angehörigen entlassen, niemals aber ihre Direktoren. Redner zeigt am Borchener der Firma Haub und Neu in Karlsruhe, welche grausames Spiel heute mit der Arbeiterschaft betrieben werde. — Von demokratischer Seite wird ebenfalls das Unzulängliche der ausschüttenden Summe anerkannt und produktive Fürsorge gefordert.

Finanzminister Dr. Köhler zeigt die schwierige finanzielle Lage auf. Der Steuerstrom habe nachgelassen; die Geschäftsleute verlangen Stundung und Nachlass der Steuern. Die Lohnsteuer sei heute die wichtigste Einnahmequelle. Die Regierung werde demnach ein Wohnbauprogramm vorlegen, das drei Millionen Mark erfordere. Ueber 1 Million Mark könne nicht hinausgegangen werden. — Von sozialdemokratischer Seite wird nochmals auf die Notwendigkeit einer Erhöhung der laufenden Erwerbslosenunterstützung hingewiesen und die gegenwärtige wirtschaftliche Lage einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Vor allem wurde auch auf die Pflicht der Gemeinden hingewiesen, ihrer Pflicht mitzuwirken, um die Opfer der Wirtschaftslage der gegenwärtigen Wirtschaft auf die Angehörigen und Arbeiter abzumwälzen.

In den nun folgenden Abstimmungen wird der sozialdemokratische Antrag auf Bewilligung von 500 000 RM. für einmalige Zuschußunterstützung an Erwerbslose einstimmig angenommen, eine Reihe anderer Anträge als durch diesen Beschluß für erledigt erklärt. Angenommen wurde auch der Antrag Heurich und ein Antrag Rüder, mit dem Zusatzantrag Dr. Föhr, der verlangt, daß die Beträge der Sozial-, Kriegs- und anderer Renten erhöht werden und daß den Ländern für Zwecke der Kleinrentnerfürsorge namhafte Beträge zur Verfügung gestellt werden. Desgleichen wird ein Antrag einstimmig angenommen, daß 500 000 RM. als einmalige Zuschußunterstützung an Klein-, Sozial- und Kleinrentner bewilligt werden. Kommunistische Motionen wurden, da zu weitgehend, als unerfüllbar, abgelehnt. Finanzminister Dr. Köhler verbreitet sich noch über die Reform der Wohnbaugesetzgebung, wobei von sozialdemokratischer Seite eine Revision der Gehälter der unteren Beamtengruppen als unerlässlich bezeichnet wurde.

Berliner Devisennotierungen (Mittelfuß).

	1. Dezember		2. Dezember	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterd.	100 G.	168,64	169,06	169,08
London	100 S.	16,91	16,95	16,90
Paris	100 F.	20,322	20,372	20,319
Brüssel	100 B.	4,195	4,205	4,195
Madrid	100 P.	16,615	16,655	16,64
Wien	100 S.	12,42	12,46	12,42
Schweden	100 Kr.	80,57	81,07	80,79
Spanien	100 P.	59,45	59,29	59,16
Portugal	100 Esc.	112,21	112,49	112,16
Brasilien	100 S.	59,13	59,33	59,19

Unterhaltung und Belehrung

Pelle der Eroberer

Von Martin Andersen Nexø

177

(Fortsetzung)

XIII.

Aus dem Grunde der „Arche“ stiegen ein eigentümlicher Laut auf, strahlende, ländliche Subtritte, die in zu schwerem Schutze über das Steinpflaster zogen. Alles Blut stieg Pelle an den Hals, er warf die Arbeit hin und war mit einem Satz auf der Galerie, fest überzeugt, daß es nur ein eifriger Traum sei. Aber da unten auf dem Hof stand Batje rasch leibhaftig und starrte durch das Holzwerk hinauf, als wollte er seinen alten Augen nicht glauben. Auf dem Rücken hatte er einen Saal mit Gerümpel.

„Hallo!“ rief Pelle und nahm die Treppe in langen Sprüngen, „hallo!“
„Guten Tag, mein Junge!“ sagte Pelle mit einer Stimme, die vor Gemütsbewegung satterte, und betrachtete den Sohn mit seinen wimmerlosen Augen. „Ja, da hast du Vater Lasse — wenn du ihn haben willst. Aber wo bist du eigentlich hergekommen? Mich beacht, du bist vom Himmel runtergefallen?“
Pelle nahm dem Vater den Saal ab. „Komm du nur mit herauf,“ sagte er. „Du kannst dich der Treppe rubig anvertrauen, die ist solider, als sie aussieht!“

„Denn hat sie ja Leblichkeit mit Lasse,“ antwortete der Alte und trampelte hinter ihm drein; die Stricken seiner Salzfischel kamen nach den Seiten zu hinaus, er war ganz der Alte. Bei jedem Absatz blieb er stehen und machte seine Bemerkungen über die Beischnitte. Pelle mußte ihn zum Schweigen ermahnen. „Hier spricht man nicht laut über alles. Das kann so leicht als Kritik aufgefaßt werden,“ sagte er.

„Nein, wirklich? Ja, man muß lernen, solange man lebt. — Ich mal einer an, hier oben stehen sie und waschen! Das soll wohl ein ganzes Hofplatz sein! Ach ja, ich will auch nichts mehr sagen — und daß sie übereinander wohnen, das hab ich ja gewußt, aber daß hier so wenig Platz ist, das hab ich mir doch nicht gedacht. Daß man den Hofplatz oben draußen vor die Küchentüren hinhängt, einen über den anderen, das ist ja gerade so wie die Vögel, die machen alles auf einem Zweig. Herr Gott, wenn nur das Ganze mal eines schönen Tages runterrummelte!“

„Hier wohnst du also?“ rief er aus und sah sich enttäuscht in der schrägen Kammer um. „Ich hab' oft darüber nachgedacht, wie du dich wohl hier drüben eingerichtet hättest. Vor ein paar Tagen traf ich einen Mann zu Hause, der sagte, daß sie schon von dir sprächen; aber deiner Wohnung kann man das nicht ansehen. Na, weit bist zum Himmel hast du jedenfalls nicht.“

Pelle schwie. Er liebte jetzt seine Bude und sein ganzes Leben; aber Vater Lasse fuhr fort, auf sein bürgerliches Wohlleben zu hoffen, und fühlte sich beschämt. „Du hast dir am Ende eingebildet, daß ich in einem von den königlichen Schloßern wohnte?“ sagte er ein wenig bitter.

Lasse sah ihn so herzensgut an und legte beide Hände auf seine Schultern. „So groß und stark wie du geworden bist, Junge,“ sagte er bewundernd. „Ja, und hier hast du mich also. Aber ich will dir nicht zur Last liegen. Nein, aber dabei wurde es so trübselig, nachdem das mit Dues passiert war, daß ich mich aufmachte, ohne dir Nachricht zu schicken. Und dann kommt' ich auch gratis mit einem Schiffer 'rübeckommen.“
„Aber was ist denn das mit Dues?“ fragte Pelle. „Doch wohl nichts Schlimmes?“

„Herr Gott, weißt du das nicht? Er hat ja strafende Hand an seine Frau gelegt, als er das mit dem Konjul entdeckte. Er war ja ganz blind gewesen und hatte zur das Beste von ihr geglaubt — bis er sie bei der Sünde erlachte, da hat er ihr das Leben genommen, ihr und den Kindern. Die sie zusammen hatten, und ist zur Obrigkeit gegangen und hat sich selbst angehängt. Aber das Jüngste, dem jeder ansehen konnte, daß es von dem Konjul war, das hat er nicht angerührt. Ach ja, es ist ein schweres Unglück! Ehe er sich bei der Polizei meldete, kam er zu mir, er hatte wohl das Bedürfnis, noch ein letztes Mal bei einem zu sein, der es ohne Falch mit ihm meinte. „Ich hab' Anna erdroffelt,“ sagte er, sobald er sich hingesetzt hatte. „Das müßt so sein, da gibt es keinen Kummer! Da gibt es keinen Kummer! Die Kinder, die meine waren, für die hab' ich auch rechtlich gesorgt! — Ja, ja, er hatte rechtlich für die Ärmsten gesorgt! — Ja, ja, er hatte rechtlich für die Ärmsten gesorgt! — Ja, ja, er hatte rechtlich für die Ärmsten gesorgt!“

„So, weißt du das nicht? Er hat ja strafende Hand an seine Frau gelegt, als er das mit dem Konjul entdeckte. Er war ja ganz blind gewesen und hatte zur das Beste von ihr geglaubt — bis er sie bei der Sünde erlachte, da hat er ihr das Leben genommen, ihr und den Kindern. Die sie zusammen hatten, und ist zur Obrigkeit gegangen und hat sich selbst angehängt. Aber das Jüngste, dem jeder ansehen konnte, daß es von dem Konjul war, das hat er nicht angerührt. Ach ja, es ist ein schweres Unglück! Ehe er sich bei der Polizei meldete, kam er zu mir, er hatte wohl das Bedürfnis, noch ein letztes Mal bei einem zu sein, der es ohne Falch mit ihm meinte. „Ich hab' Anna erdroffelt,“ sagte er, sobald er sich hingesetzt hatte. „Das müßt so sein, da gibt es keinen Kummer! Da gibt es keinen Kummer! Die Kinder, die meine waren, für die hab' ich auch rechtlich gesorgt! — Ja, ja, er hatte rechtlich für die Ärmsten gesorgt! — Ja, ja, er hatte rechtlich für die Ärmsten gesorgt!“

„So, weißt du das nicht? Er hat ja strafende Hand an seine Frau gelegt, als er das mit dem Konjul entdeckte. Er war ja ganz blind gewesen und hatte zur das Beste von ihr geglaubt — bis er sie bei der Sünde erlachte, da hat er ihr das Leben genommen, ihr und den Kindern. Die sie zusammen hatten, und ist zur Obrigkeit gegangen und hat sich selbst angehängt. Aber das Jüngste, dem jeder ansehen konnte, daß es von dem Konjul war, das hat er nicht angerührt. Ach ja, es ist ein schweres Unglück! Ehe er sich bei der Polizei meldete, kam er zu mir, er hatte wohl das Bedürfnis, noch ein letztes Mal bei einem zu sein, der es ohne Falch mit ihm meinte. „Ich hab' Anna erdroffelt,“ sagte er, sobald er sich hingesetzt hatte. „Das müßt so sein, da gibt es keinen Kummer! Da gibt es keinen Kummer! Die Kinder, die meine waren, für die hab' ich auch rechtlich gesorgt! — Ja, ja, er hatte rechtlich für die Ärmsten gesorgt! — Ja, ja, er hatte rechtlich für die Ärmsten gesorgt!“

„So, weißt du das nicht? Er hat ja strafende Hand an seine Frau gelegt, als er das mit dem Konjul entdeckte. Er war ja ganz blind gewesen und hatte zur das Beste von ihr geglaubt — bis er sie bei der Sünde erlachte, da hat er ihr das Leben genommen, ihr und den Kindern. Die sie zusammen hatten, und ist zur Obrigkeit gegangen und hat sich selbst angehängt. Aber das Jüngste, dem jeder ansehen konnte, daß es von dem Konjul war, das hat er nicht angerührt. Ach ja, es ist ein schweres Unglück! Ehe er sich bei der Polizei meldete, kam er zu mir, er hatte wohl das Bedürfnis, noch ein letztes Mal bei einem zu sein, der es ohne Falch mit ihm meinte. „Ich hab' Anna erdroffelt,“ sagte er, sobald er sich hingesetzt hatte. „Das müßt so sein, da gibt es keinen Kummer! Da gibt es keinen Kummer! Die Kinder, die meine waren, für die hab' ich auch rechtlich gesorgt! — Ja, ja, er hatte rechtlich für die Ärmsten gesorgt! — Ja, ja, er hatte rechtlich für die Ärmsten gesorgt!“

„So, weißt du das nicht? Er hat ja strafende Hand an seine Frau gelegt, als er das mit dem Konjul entdeckte. Er war ja ganz blind gewesen und hatte zur das Beste von ihr geglaubt — bis er sie bei der Sünde erlachte, da hat er ihr das Leben genommen, ihr und den Kindern. Die sie zusammen hatten, und ist zur Obrigkeit gegangen und hat sich selbst angehängt. Aber das Jüngste, dem jeder ansehen konnte, daß es von dem Konjul war, das hat er nicht angerührt. Ach ja, es ist ein schweres Unglück! Ehe er sich bei der Polizei meldete, kam er zu mir, er hatte wohl das Bedürfnis, noch ein letztes Mal bei einem zu sein, der es ohne Falch mit ihm meinte. „Ich hab' Anna erdroffelt,“ sagte er, sobald er sich hingesetzt hatte. „Das müßt so sein, da gibt es keinen Kummer! Da gibt es keinen Kummer! Die Kinder, die meine waren, für die hab' ich auch rechtlich gesorgt! — Ja, ja, er hatte rechtlich für die Ärmsten gesorgt! — Ja, ja, er hatte rechtlich für die Ärmsten gesorgt!“

Boden, mit einem brütenden Ausdruck; seine Seele schauderte unter einer Ahnung von übermenschlichen Lasten und warf ein plötzliches Licht vor ihm her: nie konnte es ein Glück für ihn allein geben — das Märchen war tot! Er war mit allen den anderen verbunden und mußte Glück und Unglück mit ihnen teilen; darum gaben die Verunglückten ihm ihren Segen. Drinnen in seiner Seele fühlte er Dues schwerer Wanderung, als sei er es selbst, der das Entschlossene trug. Und Schön-Anna, die über ihre eigene Familie hinwegstreben mußte und sie in den Staub trat! — Wie wieder konnte er sich losreißen und ganz froh werden, so wie früher! Ihm war schon viel Glend begegnet, und er war dahin gekommen, seine Ursache zu lassen. Hier aber reichte der Haß nicht aus. Dies war die große Trauer selber!

„Ach ja,“ sagte Lasse, „ein Glück, daß Bruder Kalle das alles nicht erlebt hat. Er hat sich für seine Kinder unendlich gearbeitet und liegt nun zum Dank dafür auf dem Armentrichhof, Albinus, der als Tischenspieler in den Landen herumzieht, war der einsige, der einen Gedanken dafür hatte; aber das Geld kam zu spät, obgleich er es per Telegraph geschickt hat. Hast du je so was von einem Tausendfüßler gehört? — Geld aus England nach Bornholm durch einen Telegraphendiebstahl zu schicken? Ein verteufter Akt! Na, Bruder Kalle konnte ja auch so allerlei Tischenspielerkünste, das hat er nicht von Fremden. Alfred hat bei dem Begräbnis gar nichts von sich hören lassen. Der gehört ja jetzt zu den Feinden und hat alle Verbindung mit seinen armen Verwandten abgebrochen. Er ist zu verschiedenen Ehrenämtern gewählt, und gegen die Armen soll er ein wahrer Bluthund sein — gegen seine eigene Sinne ist der Mensch ja immer am schlimmsten. Aber die Feinde, die sollen ja große Sünder auf ihn halten.“

Pelle vernahm die Rede des Alten nur wie ein elatönes Traufen. Dues, Dues — der antimilitärische, beste Mensch, den er kannte, der Annas uneheliches Kind gegen die eigene Mutter verteidigte und es wie seine eigenen liebte, weil es wohllos war und seiner Liebe bedürfte — er sollte nur seinen Kopf auf das Schafott legen! So teuer erkaufte er die Erfüllung seines Wunsches, ein paar Pferde zu bekommen und Fuhrmann zu werden. Pferde und Wagen hatte er auf Kredit genommen und war selbst für Zinsen und Auszahlungen aufkommen — der Konjul hatte nur für ihn bezahlt. Und für dieses geringe Glück wanderte er nun den Weg der Schande! Die Schritte hallten in Pelles Seele wieder; er sah nicht, wie er es ertragen sollte. Er schaute sich nach seinem früheren Stumpfsinn.

Lasse schwatze sich darüber hinweg. Für ihn war es das Schicksal — schwer und traurig, das aber nicht anders sein konnte. Das Wiedersehen hatte auch so vieles in ihm ausgelöst, er war aufgeregter. Alles, was er sah, amüsierte ihn. Wie konnte man doch nur auf den Einfall kommen, Menschen hier drüben so zusammenzulassen — wie Herinagel, Meiner, Tonnel! Und dabei auf Bornholm lagen ganze Steden, wo kein Mensch wohnte. Sieh den Fenster zu nähern, waarte er nicht, er hielt sich vorichtig ein Stück davon zurück im Zimmer und sah auf die Dächer hinaus. Das war ja auch ganz verrückt! Man konnte ebenjogut die Leichen auf einem Kornfeld zählen wie die Häuser.

Pelle rief Marie, die sich bescheiden in ihrer Stube aufgehalten hatte. „Das ist meine Pflegemutter,“ sagte er und führte sie um. „Und das ist Vater Lasse, den du schon lieb hast, wie du immer sagst. Kannst du uns jetzt etwas Fröhliches beibringen?“ Er gab ihr Geld.

„Die ist hübsch, ja, das ist sie,“ sagte Lasse und wühlte in seinem Saal. „Sie soll was geschenkt haben. — Da hast du einen roten Apfel,“ sagte er zu ihr, als sie zurückkam, „den mußt du essen, dann wirst du meine Braut.“ Marie lächelte ernsthaft und sah Pelle an.

(Fortsetzung folgt.)

Menschen und Schiffe in der kaiserlichen Flotte

Von L. Perjus

Unter obigem Titel erscheint im Verlage J. S. Dieckmann, Berlin dieser Tage ein Buch des bekannten Marineoffiziers und Kapitän L. Perjus. Nachstehend bringen wir einige Abschnitte aus dem hochinteressanten Buch. D. Red.

Es war im Jahre 1890, und ich war Midant bei dem Kapitän zur See Sch., der den Sooltanen „Kaiserliche“ trug. Ich war Kommandant einer Ausfallcorvette, der „Baben“. Mit dieser Art Schiffen mußte man nichts anfangen, daher kamte wohl auch die ausgesagte Besatzung „Ausfallcorvette“. Wir lagen meist im Hafen von Kiel verankert. Der Kommandant wohnte an Land, wo er am Schwannenweg eine Villa besaß, die, wie der Matrosenmund besaß, „mit Bordmitteln“ erbaut war. Ganz so schlimm war es nicht. Aber auch im Reichstag kam zur Sprache, daß Sch. ein wenig zu main fiskalisches Eigentum für Privatswede in Anspruch genommen hätte. Ich gebe nur Tatsachen wieder und entnehme meinem Tagebuch: Bei mir auf meiner Wache meldeten sich heute morgen, vom Kommandanten zur Arbeit an Land in seiner Villa befohlen, zwei Wachschichtenaute für die Herstellung elektrischer Klingeleitungen, ein Zimmermann und zwei Gassen für den Bau eines Stiefelers im Garten, ein Schuster, der anab, er solle die Stiefel der Frau Kapitän besohlen — er hatte Bordleder u. a. m. bei sich — und ein anderer Schuster, der ausagte, er hätte Befehl, das Schaufelrad der Kinder des Herr Kapitän neu zu stoßen ujm.“; im ganzen waren es 12 Leute, die wochenlang von Bord gingen, also dem Dienst entzogen wurden, und im Heim des Kommandanten an Lande Privatarbeiten zu verrichten. Alles nötige Material wurde von Bord mitgenommen.

Sch. konnte ein dickleibiges Buch schreiben mit dem Titel: „Mit Bordmitteln anseherlich.“ Von oben sind der naive Mißbrauch fiskalisches Eigentums, d. h. des Geldes der Steuerzahler, an Wilhelm II. verurlichte für seine wässrigen Privatvergnügungen der Kaiserlichen Marine so viele Kosten, daß Tirpitz sich keine Haare austraute, wenn er die Position im Reichstag verteidigen mußte. Er konnte es oft nicht, und so wurde wieder geschoben. Er konnte verlangen für seine Jagt „Hohenzollern“ immense Summen. Was war die Jagt an und für sich schon ein kostspieliger Luxus! Der diese Goldstreifen allein, rund um das ganze Schiff herum, verschluckte alljährlich ungezählte Tausende. Der

Betrag dafür erschien natürlich an anderer Stelle, wie es eben vielfach geschah.

Der große Kreuzer „Kaiserin Augusta“, der um die Jahre 1898 bis 1900 vom Kapitän zur See G. kommandiert, war Kapitänsoffizier. G. hatte in letzter Zeit verschiedene Sandkellern war seinem eigentlichen Beruf fast entfremdet. Er zog es vor, auf Ricadilla oder Regentree zu flanieren, als in schmaligen chinesischen Sakenorten zu liegen oder gar auf dem Meere herumzuwandeln. Die „Kaiserin Augusta“ war ein sehr schnelles Schiff und so wurden vier viel umhergehelt. G. wurde von Monat zu Monat unglücklicher, er konnte die Seefahrt nicht ausstehen. Bei jeder Gelegenheit, wenn der Admiral einen neuen Auftrag für eine Reise sandte, versuchte er sich zu drücken, bringende Kesselreinigung, Reparaturbedürfnisse u. a. m. als Grund der Nichtabfertigung vorzubringen. Was waren aber nur Tropfen auf den heißen Stein. Da erleuchtete sich des G. Hirn, er verließ auf folgende grandiose Gedanken: Das Def der „Kaiserin Augusta“ war aus Holz. So legte G. in die Welt, das Def ist aus Eisen, es muß in einer Dreherei repariert ausgebeßert werden. Er bearbeitete den Geschwaderkommandanten, der bei uns eingeschifft war, unablässig, bis dieser ein entsprechendes Gutachten schrieb: „Ich darf es nicht verantworten, das Schiff einem Leuten auszuliefern,“ so hieß es in dem Bericht. „Das Def könnte eingeschlagen werden.“ Es dauerte allerdings noch erhebliche Zeit, bis G. den Erfolg seiner Bemühungen haben konnte. Die Erlaubnis zur Reparatur war nach Schanghai ein. Am 19. Oktober 1899 dampften wir nach Schanghai, wo das Schiff viele Monate lag. Die Firma Farham verdiente rasende Summen. Die Nacht, das Def könne bei einem Leuten eingeschlagen werden, wurde von jedem Frachmann belächelt. Außerordentlich aufrieben mit dem verunglückten Aufenthalt in Schanghai, wo Kommandant und Offiziere am Lande wohnten, war jederam an Bord, hinunter bis zum letzten Matrosen. Die Ironie des Schicksals wollte es, daß die „Kaiserin Augusta“ kurze Zeit darauf in die Heimat zurückgerufen wurde, weil die Armierung des Schiffes — nur kleine 15 Jm. Geschütze — gänzlich unmodern war. Eine Verbesserung der Armierung hätte wahnsinnige Summen verschlungen; so wurde die „Kaiserin Augusta“ in ein Verfallstadium bugliert, wo sie allmählich mit ihrem schönen neuen Def vermoderte.

Theater und Musik

Lehrergesangverein Karlsruhe

Herr Dr. Knöll, der neue Chorleiter des hiesigen Lehrergesangvereins wird sich wohl bewußt gemessen sein, welche schwierige Aufgabe er stellte, als an den Kopf des Programms für das Stiltunesskonzert ein neuerliches Chorwerk gesetzt wurde. Man muß dem Lehrergesangverein dankbar sein, daß er sich für den „Klassiker“ unter den Modernen auch im Chorwerk einsetzt. Sein Requiem ist wohl eine der erfülltesten Chorwerke, die in den letzten Jahren geschrieben wurde. Trotz der äußerlich formalen Ausdrucksmittel, die der Männerchor auf Verfügung stellt, hat Regier hier ein mächtvoll und reiches Tonemalbild entworfen, das von einer Weisheit in der Fassung zeugt, das von tiefer Andacht aninat. Herr Dr. Knöll hat sich um eine künstlerische Verlebendigung dieses Werkes am eifrigsten, ein sein dabei stimmtes Instrument gemodelt, das nicht nur in rühmlicher Hinsicht willig folgte, sondern besonders seine Regierinstrumente hervorzuheben weiß. Die vollendete Aufführung des Requiem durch den Lehrergesangverein darf in der Geschichte des Musiklebens unserer Stadt besonders reifiziert werden. Von dem zur Zeit vielgenannten Berliner Intendanten Schillings, der durch Motil über Karlsruhe seinen Weg machte, bekam man die Sternennacht zu hören, von Lenbow das leicht eingängige Stimmungsstück „Glockenlied“ und von Brudner Träumen und Wachen, das durch ein Tonorloflak auf Stimmung hin gearbeitet ist. — Die letzte Hälfte des Programms wurde durch Brandes' Deutsches Lied eingeleitet, das die Vermittlung zu den Volksliedern bildeten, von denen das Andreas Hofer-Lied besonders starken Eindruck machte. Es blieb sich gleich, ob der Karlsruhe Lehrergesangverein unter Herrn Dr. Knölls Leitung künstlerischen oder Volksliedern Dorn abt, er löst seine Aufgabe restlos. Gegenüber früher sind die Darbietungen freier, bewußter, natürlicher, losgelassener, es zeigt sich mehr Selbstständigkeit und eine höhere Betonung des künstlerischen Wertes, soweit ein solcher in den Vertonungen liegt. Das Kolonnen der Töne ist beträchtlich; sie dominieren nicht durch Forcieren, sondern durch ein kultiviertes vollklingendes Sinnen. Herr Dr. Knöll, der Beliebtenor unseres Landestheaters, war der Solist des Abends. Er war wieder fast indifferenziert. Herr Dr. Knöll lernte man als einen leidenschaftlichen und sehr empfindenden Begleiter kennen. An der Orgel wirkte Herr Bärner trefflich seines Amtes.

Badisches Landestheater Karlsruhe. Am Samstag, 5. Dezember, findet die Erstaufführung der dramatischen Historie „Juarez und Maximilian“ von Franz Werfel statt, ein Werk, das sich vor 57 Jahren in Mexiko abspielende, Kaisertragedie“ bekennt, die mit dem Tode durch Erschießen des unglücklichen österreichischen Erbprinzen endete. Man erinnere sich, daß jene Gemahlin Charlotte, die damals inolge der furchtbaren leiblichen Erschütterungen in geistige Unmündigkeit fiel, erst in diesem Jahre, hochbetagt und ohne je aus ihrem Wahnsinn wieder erwacht zu sein, in ihrem Schloß bei Brüssel aus dem Leben schied. Das Stück enthält noch eine zweite Frauenrolle: die der Prinzessin Salm-Salm, die damals lästige Zeugin jener Ereignisse war und deren Figur für das Karlsruhe Publikum ein erhöhtes Interesse dadurch gewinnt, daß die Prinzessin nach dem Tode ihres Gatten, der im deutsch-französischen Kriege von 1870-71 fiel, in Herrrensals lebte. Die dritte Aufführung des neuinfundierten Aufführungs Wiederholung bei vollem Hause besetzte. Am Sonntag, 6. Dezember, wird im Konzerthaus der Schwant „Penion Schöller“ von Wilhelm Jacob und Karl Laus zum erstenmal wiederholt. Die Generaldirektion hat die Komödie „Der ewige Seefahrer“ von Geora Kaiser, das Lustspiel „Der ewige Jüngling“ von Alexander Enel und den Schwant „Trarzen der Liebe“ von Hans Sturm zur Erstaufführung für dieselbe Spielzeit erworben.

Mit Helipon das Haar waschen!

Von den Wirtschaftskämpfen

Die Beamtenentlassungen bei der Reichsbahn
Die Abfertigung der Reichsbahn, 40 000 weitere Beamte zu entlassen, erklärt eine eigenartige Behauptung bei Betrachtung der Verhältnisse in der oberen Beamtenenschaft bei einzelnen Reichsbahndirektionen. So sind bei der Reichsbahndirektion Stuttgart 60 Beamte der Gruppe 11 zu viel vorhanden. Die Direktion hat diese Beamte der Reichsbahndirektion zur Verfügung gestellt. Berlin hat aber erklärt, für sie keine anderweitige Verwendung zu haben. Diese Beamte werden nun nicht etwa abgebaut, sondern machen Dienst nach Gruppe 10. Beamte der Gruppe 10 machen Dienst nach Gruppe 9, solche nach Gruppe 9 Dienst nach Gruppe 7 oder 8, solche nach Gruppe 7 oder 8 nach Gruppe 4. Nun werden Beamte der unteren Gruppen ins Arbeitsverhältnis überführt und bei den Arbeitern fest nun die Entlassung ein. So haben die Entlassungen bei der Reichsbahn unter Spannung der oberen Beamtenenschaft und zum Nachteil der Arbeiterkraft vor sich.

Wie überlegt die Reichsbahnverwaltung mit höheren Beamten ist, zeigt ein Vergleich der Verhältnisse bei den Reichsbahndirektionen Stuttgart und Karlsruhe. Während in Karlsruhe bei einem um 3000 Köpfe höheren Personalbestand 132 Beamte der Gruppen 10 bis 13 vorhanden sind, hat Stuttgart deren 215. In Stuttgart sind 52 Oberlandmesser, in Karlsruhe 3. Trotzdem versteht es die Oberbeamtenenschaft durch innere Verschiebungen im Dienst ihre Posten zu behalten und die Entlassungen nach unten auswirken zu lassen.

Soziales

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes steht stark unter dem Zeichen der Geldnot, die sich in Auftragsmangel wie Absatzschwierigkeiten auswirkt; hinzu kommt als weitere Ursache der Verschlechterung bei den sogenannten „Auker“-Berufen die fortschreitende Ungunst der Witterung. Infolgedessen ist das Anwachsen der Erwerbslosensätze in der Bezirkswoche (19.-25. November) ganz beträchtlich.

Die Zahl der Hauptunterstützungsanträge ist von 13 847 am 19. November auf nicht weniger als 18 455 am 25. November gestiegen. Die einzelnen Berufsgruppen boten folgenden Bild:

In der Landwirtschaft war die Nachfrage von Mettern und Pferdeträgern, die verschlechtert noch gelindert werden, abnehmen, äußerst schwach. Sehr stark zurückgegangen ist der Beschäftigungsgang in der Zigarettenindustrie. Weiter verschlechtert hat sich ferner die Lage in der Metall- und Maschinenindustrie. Es müßte zu neuen Verbesserungen und Entlassungen geführt werden. Auch in der Schmelzmetallindustrie sank die Fähigkeit zur Kräfteaufnahme weiter, wenn auch einige Firmen mit Verdingung des Zollliegens Schritte für Spanien wieder aufnehmen konnten. Auch der Geschäftsgang in der chemischen Industrie ist teilweise ungesichert. Während die Baumwollindustrie noch voll arbeitet, hat sich in der Seidenindustrie die schon seit längerer Zeit ungesunde Entwicklung noch mehr verschlechtert. Entlassungen und Versetzungen folgten hier in immer größerem Maße. Auch in der Lederindustrie ist eine Gefahr für den Berufswochen zu Arbeitsveränderungen übergegangen. Zahlreiche Kurzarbeit wird ferner aus der papierverarbeitenden Industrie gemeldet. Die analytische Entwicklung im Holz- und Schnitzwarenhandel hat unermindert an Verschlechterung zugenommen. Ein Betrieb mit annähernd 100 Arbeitern mußte vorläufig auf eine Woche schließen. In der Zigarrenindustrie konnte zwar eine örtlich verfehlte Nachfrage nach Zigarrenmacherinnen beobachtet werden, von einer wesentlichen Besserung kann aber in keiner Weise die Rede sein.

Entspricht der beträchtliche Rückgang im Baugewerbe der abgeschrittenen Jahreszeit, so blieb der Arbeitsmarkt der Bekleidungsindustrie, gerade im Bereich der Adressen recht ruhig.

Gemeindepolitik

Ein neues sozialdemokratisches Kommunalprogramm

Der Landesausführer der Sozialdemokratischen Partei Badens hat auf seiner letzten Sitzung in Karlsruhe auf Antrag des Landesvorstandes beschlossen, im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen 1926 ein neues Kommunalprogramm zu schaffen, da das alte aus dem Jahre 1910 dahier keine ausreichende Plattform mehr für die praktische Gemeindepolitik bietet. Zu diesem Zweck wurde eine besondere Kommission gebildet, der die Aufgabe, ein neues Programm zu schaffen, übertragen wurde. Es gehören dieser Kommission an: die Herren Bürgermeister Arnold-Konstan, Bürgermeister Dr. Bühner-Wörzheim, Schneider und Volksbildungsleiter Düdelau-Mannheim, Präsident Dr. Engler-Karlsruhe, Stadtrat Dr. Grumbach-Freiburg, Bürgermeister Hölzel-Freiburg, Bürgermeister Jüd-Grötzingen, Stadtrat Emil Maier-Schönbach, Minister des Innern Kemmler-Karlsruhe, Stadtrat Zimmermann-Mannheim. Die Kommission hat sich am Montag konstituiert und zum Vorsitzenden Stadtrat Zimmermann-Mannheim und zum Schriftführer den Genossen Düdelau-Mannheim bestellt. Die einzelnen Sparten der Kommunalpolitik in programmatischen Leitlinien niederzulegen, wurde dem höheren Sacharbeitern übertragen. Es ist zu hoffen, daß Mitte Januar ein Programm fertig gestellt sein wird, das den berechtigten Interessen der Bürger für die praktische Arbeit in den Rathäusern sein wird. Inzwischen, die in dem neuen Programm berücksichtigt und der Kommission als Material dienen soll, sind spätestens bis 5. Januar 1926 an den Vorsitzenden der Kommission einzureichen.

Jugend und Sport

Intercommoda. Das von der diesjährigen Freien Turnerschaft an der großen neuen Saale des Gasthauses „zur Krone“ veranstaltete Schülerturnen hatte einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Unter Führung eines älteren Turngenossen marschierten über 30 Schüler zu den Freiübungen auf, welche so überaus aufgeführt wurden, daß manches alte Turnerschlüßler von dem selbstkritischen Gespinnst der jugendlichen Pyramiden ergehen den Beweis, daß in den Turnstunden nur beste Kräfte am Werke sind, und es wäre zu

empfehlen, daß alle Eltern ihre Kinder in diese Turnstunden schicken. Von den alten Turnern unter Führung von dem Vorturner Fritzsch wurde am Red eine stille Rantonomie aufgeführt, welche die Lauchmüsten alljährlich in Anspruch nahm. Zum allgemeinen Erstaunen erhielten die Turnschüler am Schluß, ansehend vom Verein spendierte große Bretzeln und Wurst, was eine große Freude hervorrief. Umrahmt wurde die ganze Veranstaltung durch effische schon vorertragne Lieder des Gesangsvereins „Brüderbund“ unter der Leitung des Herrn Dirigenten E. Kreis. Mit voller Befriedigung über das Gegebene und Gebörte ging ich mit dem Wunsche, recht bald wieder solche eine Veranstaltung besuchen zu können, nach Hause. In die junge Turnerschaft richte ich den Appell: Steht fest und treu zusammen, denn nur die Einigkeit macht stark. R. Fr. B.

Gewerkschaftliches

Landesversammlung des Rangierpersonals

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands hat am Sonntag, 29. Nov., in Offenburg seine 5. Landesversammlung in diesem Monat abgehalten. Diesmal waren 60 Vertreter von 12 Ortsgruppen des Rangierpersonals (Beamte und Arbeiter) verammelt. Bezirksleiter Schneider referierte über Lohn- und Organisationsfragen. Der verprohene Preisabbau von der Reichsregierung auf den 1. Oktober habe sich nicht eingestellt. Zwei Monate warten die Verbraucher vergebens darauf. Statt Preisentzug ist auf verschiedene Artikel eine Preissteigerung eingetreten. Die Argumente des Schlichters, unsere letzten Lohnforderungen deshalb abzulehnen, damit die Preisentzugsaktion der Rangierschaft werde immer größer. Man habe durch Fortkollamieren bei der Reichsbahndirektion und dem Landesgeschäftigen neue Verhandlungen eingeleitet. Das Reichsarbeitsministerium habe einen neuen Schlichter bestimmt, welcher auf den 3. Dezember die Tarifkontrahenten zur Verhandlung einladen hat. Anschließts der dringenden Vorfälle müsse eine Erhöhung der Bezüge eintreten. Gleichzeitig habe unsere Beamtenorganisation der ADG einen abermaligen Vorstoß an den Reichstag zur Verbesserung der Beamtenbezüge, besonders der schlechtest Besoldeten unternommen. Die Organisation des Einheitsverbandes haben nichts unterlassen, um die Lage der Eisenbahner zu heben. Jeder Eisenbahner gehöre in den Einheitsverband, dann werde es besser werden.

Bezirkssekretär Heini sprach über die Aufhebung der Besoldungssperre, den neuen Stellenplan und die in Kraft getretene Laufbahn des Rangierpersonals. Die Wichtigkeit und Wichtigkeit des Rangierdienstes hat man bei Bemessung der Zahl der Stellen unberücksichtigt gelassen. Der Personalstand beträgt in Baden 1780, davon sind ab 1. Oktober nur noch 558 planmäßige Stellen vorgesehen, also 54 weniger als bisher. Die Besoldungsansprüche seien schlecht und es sei verständlich, wenn aus dieser Gruppe immer mehr als Gegenleistung eine bessere Bezahlung gefordert wird. Wie die Lage der Besoldungen der Rangierpersonals im Vergleich mit anderen Berufsgruppen darzustellen, wolle man sich mit 1100 treffen. Es sei eine übertriebene Forderung, wenn man glaubt, den Unteren die Reparationskosten allein ansehen werden und Wärmungsstellen seien bis jetzt genug gesehen worden und mer nicht hört, der müsse führen. Solange natürlich so viele Eisenbahner als Leibesgenossen statt der Organisation beizutreten auf diese schimpfen, haben sie auch die Konsequenzen zu tragen.

Der Sachgruppenleiter Kollege Decker sprach als Dritter über die Rangierentwässerung. Diese hätte im allgemeinen nicht befriedigt. Man hätte erwartet, daß man diese Aufgaben jedem Rangierbediensteten erwärmt hätte und in einer festen und bestimmten Form. Bei dem jetzigen System sei der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Von der Aussprache wurde ausgiebig Gebrauch gemacht und die Ausführungen der Referenten noch wesentlich erhöht. Vor allem wurde mit Entschiedenheit eine Verbesserung der Bezüge verlangt. Das Ergebnis der fünfständigen Verhandlungen fanden in der einstimmig angenommenen Entschließung ihren Ausdruck:

„Die heute, den 29. November 1925, in Offenburg tagende Landesversammlung des Rangierpersonals steht nach den Beschlüssen und der anschließenden Aussprache auf dem Standpunkt:

1. Die Bezirksleitung hat beim Hauptvorstand darauf hinzuwirken, daß die Rangierarbeiter bei einer Lohnstarkeverteilung in Lohngruppe 3 eingereiht werden und die planmäßigen Rangierer bei einer Besoldungsrevision der Besoldungsgruppe 4 des Besoldungsgebietes anfangen. 2. Die Rangierprämie muß allgemein auf den Höchststand von 60 Wa. gebracht werden. Sie ist lediglich eine Entschädigung für die außerordentliche Tätigkeit, welche der Rangierdienst erfordert. 3. Die Streichung der planmäßigen 4. Stellen wird unumkehrbar bedauert, weil nur ein Drittel des gesamten Rangierpersonals im Beamtenverhältnis steht. Es wird verlangt, daß die Zahl der planmäßigen Stellen für Rangierer verdoppelt wird und die noch vorhandenen 19 außerplanmäßigen Rangieraufseher, planmäßig angestellte werden. Die fällige Dienstzeit als Rangierarbeiter soll bei der Pensionierung als Beamtendienstzeit gelten und zwar auch die rückliegende Zeit vor 1920. 4. Die Wiedereröffnung der Achtstundentageszeit für das Rangierpersonal muß nach wie vor eine Hauptforderung bleiben, die mit allen Mitteln erstrebt werden muß.“

Kleine badische Chronik

Mannheim. Beim Redaktionsnahe der Eisenbahnbrücke (Redariedbahn), verunglückte am Samstag morgen um 11 Uhr ein Arbeiter beim Transport von Eisenbahnwagen, indem ihm eine solche auf die Brust fiel. Der Verunglückte erlag seinen Verletzungen.

Karlsh. Bahl. Der heftige Schneesturm hat ein beinahe fertiggestelltes zweistöckiges Wohnhaus zum Einsturz gebracht. Menschenleben sind dabei nicht zu Schaden gekommen. Die Gebäudeteile waren erst vor wenigen Jahren an die Grünhina eines eigenen Geschäftes herangekommen. Der Schaden trifft sie daher sehr hart.

Dauchingen (bei Balingen). Am Freitag brach im Hause des August Berthe eine Brand aus, der sich mit rasender Schnelligkeit verbreitete, so daß in wenigen Augenblicken das ganze Anwesen, Wohn- und Detonationsgebäude, in hellen Flammen stand. Trotz des raschen und tatkräftigen Eingreifens der hiesigen Feuerwehr konnte außer dem Vieh nur weniges Inventar gerettet werden. Das Anwesen wurde bis auf den Grund vernichtet. Auch die Schwemmenner Wehrlinie war alarmiert worden; doch blieb die erste Motorprize unterwegs im Schnee stecken; bis die alsbald alarmierte zweite Motorprize auf anderem Wege eintraf, war ein Eingreifen nicht mehr nötig. Man vermutet, daß das Feuer beim Ramin zum Ausbruch kam. Der Schaden ist sehr groß.

Meningen (Am Mühlbach). Beim Langholzabladen geriet der 67 Jahre alte E. Densler von Walbersweiler (Hohensohlen) auf dem hiesigen Bahnhof unter einen ab-

rollenden Stamm. Dem Unglücklichen wurde der Schädel vollständig zertrümmert, so daß er sofort tot war.

K. Freiburg. Der mächtige im Monat November seitens einmal dagewesene Schneefall der vorigen Woche hatte die städtische Straßenreinigung Freiburgs vor eine schwierige Aufgabe. Mit Nachdruck, unter Aushebung von Erwerbslosen, ging man daran, erst die wichtigsten Straßenkreuzungen, die Vorläufe der städtischen Gebäude und hernach die Hauptverkehrsstraßen von den Schneemassen zu säubern, und den Schnee mit Pferdefuhrwerken und Lastautos abzufahren. Am den Münsterplatz für den Hauptwochenmarkt am Samstag freizubekommen, waren vom Freitag mittag ab bis abends nach 9 Uhr ununterbrochen 22 bis 24 Arbeiter, neun Pferdefuhrwerke und fünf Lastkraftwagen in Tätigkeit. Dieser Arbeitsaufwand wird verständlich, wenn man hört, daß von dem Münsterplatz allein rund 2500 Kubikmeter Schnee wegeschafft wurden.

Heberlingen. In Roggenweiler bei Martdorf brannte das Wohnhaus des Max Panegger nieder. Der Besitzer wohnt in der Schweiz. Seinem Mieter, einem Arbeiter, sind fast sämtliche Habe mitverbrannt.

Konstanz. Montag nacht brach im Hause des Gastwirts Albert Löhle „Zum Kreuz“ in Heberlingen am Nied Feuer aus. Das Geschäft samt Stallungen brannte bis auf den Grund nieder. Die Entstehungsurache ist nicht bekannt.

Vorkläufe noch kein Rundfunk im besetzten Gebiet. Die Anlage von Radiopoststationen im besetzten Gebiet wird voraussichtlich noch nicht am 1. Dezember vorgenommen werden können. Zunächst müssen von der Rheinlandkommission Richtlinien dazu herausgegeben werden, was wahrscheinlich erst einige Zeit dauern wird.

Reichspost und Verkehr. Das Reichspostministerium hat jetzt einen Bericht über die Finanz- und Wirtschaftslage der Reichspost veröffentlicht. In diesem Bericht wird betont, daß die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1925 als nicht besonders günstig angesehen werden kann. Der Bericht, der sich mit den einzelnen Verwaltungszweigen befaßt, schließt mit der Bemerkung, daß im Wirtschaftsjahre 1926 die gleiche Spannung in der Finanzlage der Reichspost wie im laufenden Jahre vorhanden sein würde. Darum soll die Anschaffung von neuen Kraftwagen auf ein Minimum herabgedrückt werden. Wie weit diese Einschränkung sich auch auf den Kraftomnibusbetrieb der Reichspost erstreckt, wird nicht gesagt, wie der Bericht überhaupt über die Wirtschaftslage der Kraftpostlinien schweigt. Wahrscheinlich wird aber der Postomnibusbetrieb, der eine wichtige Verbindung zwischen den Städten und dem Lande bedeutet, einstweilen keine wesentliche Erweiterung erfahren.

Kein Bargeld in Briefen verschiden. Neuerdings sind darauf aufmerksam gemacht, daß in Briefen, außer in Geldbriefen, kein Bargeld verschickt werden soll. Es ist oft nicht schwer, den Geldbrief festzustellen, ohne daß der Brief geöffnet wird. Eine Postanweisung bis 25 Mark kostet nur 10 Wa. mehr, als ein gewöhnlicher Brief, die Eilsaufstellung kann bei Postanweisungen ebenso verlangt werden, wie bei Briefen.

Befreiung von Reiseeinzeln und Exzesshaft. Seit dem 1. November sind die Gebühren für die Befreiung von Exzesshaft auf ein Drittel der bisherigen Sätze herabgesetzt worden. Die Gebühren für je 1000 Mark Versicherungssumme betragen nunmehr für eine Befreiungsdauer von 1-150 Kilometer 1 Mark, 151 bis 400 Kilometer 1.50 Mark, 401 bis 700 Kilometer 3 Mark, 701 bis 1200 Kilometer 4.50 Mark und 1201 und darüber hinaus 6 Mark.

Briefsendungen mit vollständigem Inhalt nach dem Saargebiet. Für Rachen und geschlossene Briefsendungen mit vollständigem Inhalt nach dem Saargebiet ist die vorherige Beschlaffung einer durch die Goldbriefe in Saarbrücken aus gestellten Einfuhrbescheinigung nicht mehr erforderlich. Es genügt, wenn diese Sendungen mit dem vorgeschriebenen grünen Beschlaffungsettel versehen sind.

Markt und Handel

Geschäftsaufsicht. Ueber die zum Richard-Kahn-Konzern gehörige Firma Schnellpressfabrik A.G. Heidelberg, Bergische Fabriken C. Maquet A.G. Heidelberg „Maq“, Maschinenfabrik A.G. Geislingen-Heidelberg, hat das Amtsgericht Heidelberg die Geschäftsaufsicht angeordnet.

Weilwerke A.G., Frankfurt a. M., Höldeheim. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die Anträge der Verwaltung und beschloß die Verteilung der vorgeschlagenen Dividende von 10 Prozent.

Geschäftsaufsicht und Konturje im Handelskammerbezirk Karlsruhe. Wie uns die Handelskammer Karlsruhe mitteilt, sind in dem Bezirk der Kammer seit 1. Oktober 22 (7) Geschäftsaufsichten und 29 (4) Konturje angeordnet oder aufgegeben worden.

Billingen. Ueber die Firma Gebr. Bloch wurde Geschäftsaufsicht angeordnet.

Karlsruher Polizeibericht vom 3. Dezember

Zusammenstoß. In verlosener Nacht fuhr Ede Soffen- und Dorfstraße eine öffentliche Kraftdroschke gegen einen Personenkraftwagen und zertrümmerte an diesem 3 Scheiben. Personen wurden nicht verletzt.

Bergfeld. Dem Polizeibericht vom 23. 11. 25 „Bergfeld hat sich im Amisengangs hier am Samstag ein 23 Jahre alter lediger Uhrmacher von hier“ etc. wird auf Wunsch des Vaters des Toten noch ergänzend hinzugefügt, daß sein Sohn das Gift im Gefängnis für a nach seiner Einfrierung zur Untersuchungshaft zu sich genommen hat.

Vorkläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Freitag, 4. Dez.: Vorezt keine wesentliche Aenderung, dann zunehmende Aufbeiterung.

Wasserstand des Rheins

Schäferinsel 58, gef. 5; Rehl 158, gef. 4; Waxau 347, gef. 4; Mannheim 222, gef. 12 Sentimeter.

Bereinsanzeiger

Bis zu 4 Stellen 40 Wp. die Stelle Bergmühlungsanfragen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Bestmöglichen berücksichtigt.

Karlsruhe. Freie Turnerschaft. Heute abend nach der Turnstunde (1/10 Uhr) Vorturnerturnen im Lokal. Vollständiges Erscheinen dringend notwendig. — Die nächste Monatsversammlung findet umständelhalber erst am Montag, 13. Dez., statt. — Abschlusstag. Freitag abend 8 Uhr Mittalbeversammlung im „Georg Friedrich“. Da auch die Funktionäre neugewählt werden, ist zahlreiches Erscheinen erforderlich. 8592

Durlach. (Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.) Sonntag, 6. Dez. Ausmarsch mit Spielzeugen. Abmarsch um 1/2 Uhr am Schloßplatz. Alle Kameraden müssen erscheinen.

Durlach. (Rathausfraktion.) Heute abend 8 Uhr wichtige Fraktionsstimmung im Rathaus, Zimmer 1.

Durlach. (Naturfreunde.) Freitag abend 8 Uhr Monatsversammlung. Zahlreiches Besuch erwartet. Die Orisar-Pla.

Letzte Nachrichten Die Frage der Regierungsbildung

Berlin, 2. Des. (Eig. Bericht.) Die Reichstagsfraktion des Zentrums beschloß in der vergangenen Woche, die kommende Regierungsbildung möglichst durch die Bildung der Großen Koalition zu lösen. Auch die demokratische Fraktion faßte einen ähnlichen Beschluß. Im Verlaufe dieser Beschlüsse traten Zentrum und Demokraten mit dem Ersuchen um eine Unterredung an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion heran. Die Besprechungen fanden am Montag nachmittags statt, ohne zu einer Klärung der politischen Lage zu führen. Die sozialdemokratische Fraktion hat bisher zu der kommenden Regierungsbildung keine Stellung genommen, weil sie die Auffassung vertritt, daß über diese Frage erst endgültige Beschlüsse gefaßt werden können, wenn der Rücktritt des Kabinetts Luther erfolgt ist. Im übrigen aber steht es noch nicht einmal fest, ob alle übrigen Parteien der Mitte bereit sind, sich an einer Regierung der Großen Koalition zu beteiligen und diese Bildung zu fördern. Infolgedessen waren die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion außerstande, bestimmte Erklärungen abzugeben. Wie für die Sozialdemokratie die Regierungsbildung steht, dürfte voraussichtlich die am Donnerstag stattfindende Sitzung des Parteiausschusses zeigen. Auch die Volkspartei hat endgültig zur Frage der Regierungsbildung noch keine Stellung genommen. Bei den Verhandlungen, die der Zentrumsführer Lehmann am Dienstag mit dem Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Scholz führte, kam ebenfalls ein Ergebnis nicht zustande. In diesen Besprechungen nahm unter anderem auch der Abgeordnete Reich teil. Auf Grund dieser parlamentarischen Lage sind vom Zentrum weitere Verhandlungen über die Regierungsbildung bis zur Rückkehr des Reichskanzlers aufgeschoben worden. Immerhin ist bemerkenswert, daß sowohl das Zentrum wie auch die Demokraten sich an einer Koalition der Kleinen Mitte nicht beteiligen wollen.

Nach der Unterzeichnung

London, 3. Des. Gestern nachmittags nahmen Dr. Luther und Stresemann bei Ramsay MacDonald den Tee ein. Am Abend gab der Premierminister zu Ehren der fremden Delegationen ein Essen, an dem u. a. die britischen Minister, auswärtige Diplomaten und mehrere britische Vorgesandte teilnahmen.

Luther und Stresemann im Unterhaus

London, 3. Des. Die auswärtigen Delegationen, die an der Unterzeichnung des Londoner Paktes teilgenommen haben, brachten den heutigen Tag mit Besprechungen im eigenen Kreise und mit Besuchen bei persönlichen Freunden in London zu. Reichskanzler Dr. Luther sprach in Downingstreet Nr. 10 vor, wo er eine kurze Besprechung mit Baldwin hatte, während Banderwede, Bensch und Stalowa einen Besuch bei Anker Chamberlain machten. Nachmittags waren Dr. Luther und Dr. Stresemann kurze Zeit im Unterhaus und nahmen von der Fremdenloge aus der Entscheidung der kurzen Anfragen teil. Die Tatsache, daß sie als Sonderling wegen der Kadaveranage gegen eine Anfrage stellte, sorgte die Tribüne, verließen, um Chamberlains Antwort nicht zu hören, wurde Reuters Parlamentsbericht zufolge verschiedentlich erörtert. Der Bericht laut, man habe darin den Ausdruck diplomatischen Feingefühls gesehen, nämlich den Wunsch, den Eindruck zu vermeiden, um Chamberlains Dementi mit anzuhören.

Locarno feiert die Unterzeichnung des Vertrages

Locarno, 2. Des. Am Dienstagabend 10 Uhr feierten alle Glorien Locarnos zu Ehren der Unterzeichnung

des Vertrages von Locarno. Das Gerichtsgebäude, in dem seinerzeit die Verhandlungen stattfanden, und das Stadthaus waren besetzt.

Abbau der Kontrollkommissionen

Wie den Blättern mitgeteilt wird, sind die Distriktsmissionen in Breslau, Frankfurt a. M. und Hamburg gekürzt worden. Wie die Münchener N. Nachr. zu melden wissen, soll die bisher in München bestehende Internationale Militärkontrollkommission, die aus etwa acht Offizieren zusammengesetzt war, am 31. Dezember als selbständige Stelle aufgelöst werden. Nach diesem Zeitpunkt verbleiben noch je ein französischer und ein italienischer Offizier, die der Kontrollkommission in Berlin unterstellt werden, in München.

Die Jungdemokraten gegen Geßler

Berlin, 3. Des. (Eig. Fundbüro.) Ein Vertretertag des Jungdemokratischen Verbandes in Großberlin nahm einstimmig folgende Entschließung an: „Der Reichswehrminister Dr. Geßler besitzt nicht das Vertrauen der demokratischen Jugend Großberlins.“ Diese Entschließung soll dem bevorstehenden demokratischen Parteitag übermittelt werden. Werden die alten Herren Demokraten sie sich zu eigen machen? Grund genug wäre vorhanden.

Explosionsunglück

Pudmiaschalen, 3. Des. (Telef. Melbuna.) Ein schweres Unglück ereignete sich gestern Abend im alten Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik durch Explosion einer Säurekammer. Ein 54 Jahre alter Hilfsmeister wurde sofort getötet, ein anderer Arbeiter wurde ein Bein abgerissen. Zwei andere erlitten nicht unerhebliche Verletzungen.

Neue Faschistenkandale in Rom

Rom, 3. Des. (Eig. Fundbüro.) Am Mittwoch kam es im Parlament, das die Faschisten jetzt für sich allein gepachtet haben, schon wieder zu einer neuen Fregalei. Die faschistischen Abgeordneten entsetzten plötzlich den demokratischen Abgeordneten Saita im Saale, worauf einer der Faschisten aufsprang und rief: „Herr Präsident, leben Sie, doch ein Mann vom Venedig unter uns weilt!“ Darauf wurde der Demokrat mit Schlägen und Tritte aus dem Parlament hinausgeführt. — Der aus der Saal entlassene Matteotti-Mörder Marinelli, der vor der Ermordung Matteottis das Amt eines Kassiers der faschistischen Partei bekleidete, ist am Mittwoch zum Generalsekretär der Partei, Farnacci, zum Generalinspektor der Verwaltung der faschistischen Partei ernannt worden.

Abwrackung englischer Kriegsschiffe

London, 2. Des. Im Unterhaus wurde mitgeteilt, daß die Admiralität beschloßen habe, unverzüglich drei Kreuzer, 5 Deposchiffe und 18 Torpedobootsartillerie, 7 U-Boote und 4 andere Fahrzeuge abzuwracken.

Umwandlung der dänischen Militärgewalt

Kopenhagen, 2. Des. Der Verteidigungsminister hat gestern im Folketing eine Gesetzesvorlage eingebracht über die Umwandlung des Heeres und der Marine in Wachkorps und Staatsmarine, die der Wahrnehmung der Neutralität und den sich aus der Zugehörigkeit zum Völkerverbund ergebenden Aufgaben dienen sollen.

Die neue französische Regierung vor dem Parlament

Paris, 2. Des. Die programmatische Regierungserklärung, in der das Kabinet Briand heute nachmittags 4 Uhr vor die Kammer und den Senat getreten ist, hält den Augenblick für gekommen, um die Maßnahmen zu ergreifen, die den regelmäßigen Gang des öffentlichen Lebens und die normale Entwicklung der nationalen Wirtschaft sicherstellen. Wir haben uns schon jetzt entschlossen, so heißt es in der Erklärung weiter, Maßnahmen zu fordern, die es gestatten, die Konsolidierung irgend eines Teiles der öffentlichen Schuld vorzunehmen. In der Absicht, keine Bannbräutigam in die Staatswirtschaft und in die Privatwirtschaft zu tragen, ist die Regierung unter den augenblicklichen Umständen, wie übrigens jedes andere Ministerium an ihrer Stelle, gezwungen, die vom Parlament provisorische Erleichterungen zu fordern. Sie werden aber auf das für das Schatzamt unumgänglich notwendige beschränkt, und die Regierung scheidet sich an, schon heute die Maßnahmen vorzuschlagen, die eine Gegenleistung für diese Operation bilden, und die es gestatten werden, sie in kürzester Frist wieder rückgängig zu machen. Die Regierung wird Maßnahmen vorschlagen, die der autonomen Tilgungslasse eine endgültige Einnahmequelle sichern, gesogen aus allen Formen des erworbenen Reichtums und zwar unter Modalitäten, unter denen die nationale Einheit nicht leiden wird. Die Sanierung unserer Finanzen kann nicht endgültig durchgeführt werden, wenn nicht eine lokale Restriktion mit den großen Nationen erfolgt, die der Krieg zu unseren Gläubigern gemacht hat. Der Pakt von Locarno ist gestern in London unterzeichnet worden; wir zweifeln nicht daran, daß das gesamte französische Parlament sich voll diesem internationalen Pakt seiner Regierung anschließen wird. Mit dem gleichen Friedensgeist werden wir bemüht sein, unverzüglich die Angelegenheiten in Marokko und Syrien zu beenden, sobald wir die gegen das Werk der Zivilisation und des traditionellen Liberalismus Frankreichs unternommenen Angriffe niedergeschlagen haben werden. Die Politik internationaler Abkommen, zu denen wir uns entschlossen haben, und die Frankreich alle wünschenswerten Sicherheitsgarantien geben werden, wird die militärischen Kosten herabzusetzen erlauben, die noch weiter erleichtert werden, wenn das Parlament die von den früheren Regierungen ausgearbeiteten Gesetze annehmend haben wird. Die Regierung wird unverzüglich das Wahlregime einführen, für das sie wiederholt und in nicht unwesentlicher Weise das allgemeine Stimmrecht ausgesprochen hat. Die Regierung wird daher die Rückkehr zu den allgemeinen Wahlen vorschlagen. Die außerordentlichen Zeitstände fordern eine Regierung mit großer Initiative, klaren Entschlüssen, rascher Entschlossenheit und behäufiger Autorität. Die Regierung ist bereit, die Verantwortung in vollem Umfang zu übernehmen und fordert von dem Parlament, daß es das gleiche tut.

Paris, 2. Des. Nach Verlesung der Regierungserklärung in der Kammer wurde die Diskussion der eingebrachten Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung, wie über die Zusammenlegung des Ministeriums bis nach Erledigung der Vorlesung Loucheurs vertagt. Die Gelehrten wurden sofort dem Finanzausschuß überwiesen, und um für dessen Beratungen die notwendige Zeit zu schaffen, wurde der Beginn der Kammer Sitzung auf abends 9 Uhr angelegt.

Paris, 3. Des. (Eig. Fundbüro.) Die Finanzkommission der Kammer hat nach längerer Aussprache in der letzten Abend Sitzung die Finanzvorlage Loucheurs mit Zustimmung der Sozialisten angenommen. Unmittelbar darauf trat die Kammer zu einer Nachsitzung zusammen.

Großer Weihnachts-Verkauf

Dem gelegentlichen allgemeinen Verlangen nach billiger Einkaufsmöglichkeit trägt mein diesjähriger

Weihnachts-Verkauf

derart Rechnung, dass auch geminderte Kaufkraft in der Lage ist, praktische, willkommene Weihnachts-Geschenke zu erwerben.

Damen- u. Mädchen-Bekleidung	Kleider- und Baumwoll-Stoffe
Wintermäntel aus einl. u. gemustert. Plauschstoffen . . . Mk. 8.90 9.50 15.- 35.- und höher	Cheviot reine Wolle, 90-130 cm breit Meter Mk. 1.70 2.25 2.90 3.50 und höher
Velour de laine u. Mouline-Mäntel in allen modernen Farben . . . Mk. 1.95 2.90 4.90 6.90	Popeline reine Wolle, in allen Farb. Meter Mk. 2.30 2.95 3.50 4.50
Seal-Mäntel prima Plüsch ganz gefüttert Mk. 78.- 95.- 118.- 158.-	Ripse 130 cm breit, für eleg. Kleider, Kostüme u. Blus. Meter Mk. 7.00 8.50 9.50 10.50
Frauen-Tuchmäntel weit geschnitten Mk. 1.95 2.40 3.50 4.00	Kostümfabrik 130 cm breite Neuheit Meter Mk. 2.50 4.50 6.75 9.75
Kostüme in einfarb. u. gemusterten Stoffen Mk. 1.45 2.80 3.80 5.80	Hauskleiderstoffe doppelbr., n.ursol. Qual. Meter Mk. .95 1.75 2.50 3.50
Kostüme mit Pelzbesatz, die große Mode Mk. 39.- 58.- 75.- 125.-	Schotten u. Streifen 130 br. in Flausch, Tuch u. Vel. de laine Meter Mk. 1.- 1.50 2.25 3.75
Kostüm-Röcke mit und ohne Falten Mk. 1.75 4.50 8.50 12.50	Mantelstoffe 130 br. in Flausch, Tuch u. Vel. de laine Meter Mk. 5.75 7.50 8.50 9.50
Jumper-Blusen und Kasaks Mk. 3.75 6.50 13.50 18.50	Küper-Kleidersamt 130 br. in Flausch, Tuch u. Vel. de laine Meter Mk. 5.75 7.50 8.50 9.50
Strickwesten u. Pullovers in Mass. Ausw. Mk. 5.75 8.50 12.50 19.50	Herrn-Anzugstoffe in erprobter Qual. Meter Mk. 2.90 5.50 9.50 15.-
Kindermäntel je nach Größe Mk. 4.50 8.75 14.- 25.-	Hemden- u. Sportblausen waschecht Meter Mk. .85 .95 1.25 1.50
Damen- und Herrenwäsche	Schürzenstoffe ca. 120 cm breit Meter Mk. .95 1.25 1.50 1.75
Damen-Taghemden aus erprobtem Cretone St. Mk. 1.25 1.75 2.50 3.75 und höher	Aussteuer-Artikel
Damen-Hemdchoses eleg. Ausfühg. Stück Mk. 3.25 4.75 5.50 7.50	Hemdentuch 90 cm breit, fein- und starkfädig . Meter Mk. .60 .85 .95 1.25 und höher
Damen-Beinkleider mit Feston und St. Mk. 1.50 1.95 2.75 4.50	Flock-Körper gebleicht, gute Qualität Meter Mk. .78 1.25 1.50 1.75
Damen-Nachthemden in einfacher und elegant. Ausführung Stück Mk. 3.50 5.75 7.50 9.50	Handtuchstoffe roh und gebleicht Meter Mk. .35 .85 .95 1.15
Herrn-Einsatzhemden mit neuest. Rips-Einsätzen Stück Mk. 2.90 3.75 4.50 6.50	Bettuch-Halbblinen 150-160br. schw. Ware Meter Mk. 2.30 2.75 3.50 4.50
Herrn-Nachthemden in Cretone u. Croisé St. Mk. 5.75 7.50 9.50 19.50	Bettlamast 130 cm breit gestreift u. geblumt Meter Mk. 1.95 2.40 3.50 3.90
Warme Herren-Unterhosen in allen Größen u. Weiten Stück Mk. 2.75 3.75 4.50 5.75	B'woll. Schlafdecken in schön. Jacqu. must. . St. Mk. 5.90 7.90 9.50 11.50
Reste und Abschnitte für Kleider, Röcke, Blusen, Herren- u. Frauenhemden, Leib- und Bettwäsche etc.	Woll. Schlafdecken in größter Auswahl Stück Mk. 8.75 15.75 21.- 28.-
Für Hauskleider das Kleid je 4-5 Meter M. 3.75 4.75 5.50 6.50	Weiß u. farbige Bettücher Stück Mk. 3.50 4.25 5.50 6.50
Für Blusen je 2 1/2 Mtr. M. 2.25 4.75 6.50 8.50	
Für Anzüge je 3.20 Mtr. Buckskin M. 12.- 18.- 25.- 38.-	
Für Herrenhemden gestr. u. Karr. B'wollflanell Hemd je 2 Mtr. M. 2.75 3.25 3.75 4.50	
Für Frauenhemden hellgestr. B'wollflanell Hemd je 2 1/2 Mtr. M. 1.90 2.25 2.90 3.50	
Für Herrenhemden farb. od. weiß wollflanell Hemd je 2 Mtr. M. 1.45 1.75 2.43 2.90	
Für Frauenhemden hellgestr. B'wollflanell Hemd je 2 1/2 Mtr. M. 1.90 2.25 2.90 3.50	
Für Nachthemden weiß Flockkörper je 2 Meter M. 1.55 2.50 2.90 3.20	
Für Leib- u. Bettwäsche aus stark- u. feinfäd. Cret. Coup. u. 5 Mt. M. 2.95 3.25 4.75 Coup. u. 10 Mt. M. 5.90 6.50 9.50	

Wie seit vielen Jahren sind meine Preise allerniedrigsten gegen Barzahlung, es sind demgemäß auch keine Zinsen oder Verluste durch Kreditverweigerung zu berücksichtigen.

Carl Schöpff

Kaiserstrasse 139
Karl-Friedrichstr. 5
Marktplatz.

Puppenwagen

Studenwagen / Strofenrenner
Anbeführte / Korbmöbel
in ädlerausreicher Auswahl
C. Gundlach w.
jezt Wilhelmstr. 58, nächst der Augustenbr.
Keine Lebenspefen, daher billige Preise!
Bechtigung unbedingt lobend!

Todes-Anzeige.
Gestern Abend 9 1/2 Uhr starb nach langen schweren Leiden unser lieber Vater, Großvater und Urgroßvater
Peter Sohn
betrauert von 1870/71
im Alter von 76 Jahren, 8 Monaten, Karlsruher, den 3. Dezember 1923.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Gustav Sohn
„ Gustav Erb
„ Karl Sohn
„ Emil Sohn
„ Edmund Roth
„ Hermann Huber
Die Beerdigung findet Samstag nachmittags 1/2 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.
Trauerhaus: Helfferstraße 15.

Einige 6500
Rentehäuser
mit 2-3000 RM Anzahlung zu verkaufen durch August Schmitt, Schnepfthaus und Immobilien Karlsruher, Friedrichstr. 43, Tel. 2117.
Perf. Schneiderin
empfehle ich zu außerordentlich billigen, Angebots unter Nr. 6678 an das Volksrentenbüro erbeten.
Weihnachts-geschenke
j. jedermann, prast. u. billig
Puppenperücken
verfertigt billig, Wilhelmstr. 44, Friseur G. Geiger
Druckjahren aller Art liefert
Buchdruck, Volksrentenbüro, Friedrichstr. 24

Bucherer
empfehle
Ob- und Back-Aepfel
Bld. 20 Pf.
Bucherer
in sämtlichen Filialen

Warum frieren?

Die nachstehenden, unserer Vereinigung angeschlossenen Mitglieder veranstalten vom **3. bis 10. Dezember** eine

Warme Hausschuh-Woche

und bieten während dieser Zeit beim Einkauf

ganz besondere Vorteile

- | | |
|--------------------------------------|--|
| Ludwig Betsche, Umlandstraße 35 | H. Landauer, Kaiserstraße 183 |
| Josef Bürkle, Amalienstraße 23 | Schuhhaus Berthold, Kaiserstraße 106 |
| Robert Dager, Kaiserstraße 161 | Eugen Loeb-Hölzle, Kaiserstraße 187 |
| Schuhhaus Erika, Erbprinzenstraße 31 | Josef Madlener, Ruppurrerstraße 20 |
| Josef Ettliger, Kaiserstraße 48 | Jacob Sax, Kronenstraße 17 |
| Hermann Freyheit, Kaiserstraße 117 | Schuhhaus Simon, Kaiserstraße 201 |
| Wilhelm Hacker, Kriegsstraße 72 | Hermann Stern, Karl-Friedrichstraße 22 |
| Johann Weber, Rheinstraße 34 | |

Kinderzeitung
"Die kleine Coco" oder
"Lachzeitung" "Tipp"
gratis.

1/2 K nur 50,-



Rahma

MARGARINE
buttergleich

Voller Buttergenuss, aber nur halber Butterpreis

Leset den Volksfreund!

Jedermann kann jetzt kaufen

Gegen

Anzahlung von Mk. 20.- und wöchentlichen Raten v. Mk. 3.-

Können Sie bei mir ein solides Marken-

Fahrrad

oder eine

Nähmaschine

gleich mitnehmen.

6581

Sie brauchen sich nur über Ihre Person ausweisen. Eine große Anzahl Personen aus allen Ständen machte bereits von meinem günstigen und zeitgemäßen Bedingungen Gebrauch.

Zweckmäßigste Weihnachts-Geschenke.

Peter Bernards

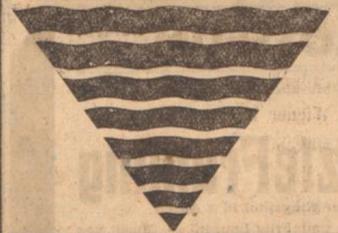
Karlsruhe, Passage 56, Ecke Akademiestraße.

Besichtigen Sie bitte ohne Verbindlichkeit meine reichhaltige Ausstellung und überzeugen Sie sich von der Güte und Preiswürdigkeit meiner Maschinen.

Unser Wandkalender für 1926

Ist wie früher, in hübscher Ausstattung erschienen und kann durch unsere **Geschäftsstelle**, Luisenstraße 24, die **Volksbuchhandlung**, Adlerstraße 43, unsere **Filialinhaber** und die **Trägerinnen** zum Selbstkostenpreis von 5 Pf. bezogen werden

Verlag des Volksfreund
Karlsruhe



Verein Arbeiter-Wohlfahrt Durlach.

Samstag, den 5. Dezember
abends 7 Uhr in der Festhalle

Wohltätigkeits-Theaterabend

Die Plattlergesellschaft „Edelweiß“ Durlach gibt zu Gunsten der Arbeiterwohlfahrt:

„Almenrausch u. Edelweiß“

Oberbühnen Charaktergemälde in 5 Aufzügen mit Gesang und Tanz.

Bei der Abwicklung des Programms wirken ferner mit: Männergesangsverein Sängerbund „Vorwärts“ mit Frauenchor, Turnverein Kne, Arbeiter-Jugend und Musikverein „Lira“.

Sie laden hierzu alle bürgerlichen sowie Arbeiter-Vereine, Gewerkschaften, Freunde und Gönner höflichst ein, unsere Veranstaltung, welche dem Wohl der Allgemeinheit gilt, recht rege zu unterstützen. Umständlicher erfolgt die Einladung an die titl. Vereine auf diesem Wege.

Eintritt 20 Pfennig. Saalöffnung 6 1/2 Uhr. Saal ist gut geheizt.

Der Arbeits-Ausschuß.

1163

Amfliche Bekanntmachungen

Die untern 18. Oktober 1925 gegen den Händler Friedrich Schädinger in Karlsruhe wegen Eröffnung ungesetzlicher Einmündung wurde auf dessen Antrag durch Verfügung vom 19. Oktober 1925 wieder aufgehoben.

Karlsruhe, den 23. November 1925. 2328
Zad. Amtsgericht B 2.

Gesuch des Anton Bohner V in Sulach um Erlaubnis zur Errichtung einer Schlachthalle in seinem Anwesen in der Grünwälderstraße in Sulach betr.

Anton Bohner V in Sulach hat um die Bau- und genehmigungsfähige Genehmigung zur Errichtung einer Schlachthalle in seinem Anwesen in der Grünwälderstraße in Sulach nachgesucht.

Etwaige Einwendungen gegen das Unternehmen sind innerhalb 14 Tagen vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an geltend, schriftlich oder zu Protokoll beim Bezirksamt Karlsruhe oder beim Bürgermeisteramt Sulach vorzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als veräußert gelten.

Pläne und Beschreibungen liegen während der 14 tägigen Frist beim Bezirksamt Karlsruhe - Zimmer 55 - und auf dem Bürgermeisteramt Sulach zur Einsicht offen.

Karlsruhe, den 2. Dezember 1925. 2327
Bezirksamt Amt. II B. D.-3. 185

Wanzen, Käfer, Ratten, Mäuse

vertilgt radikal unter Garantie schnell und billig

Fr. Höllstern, Karlsruhe
Herrenstr. 5, Zähringerstr. 70 II. u.
Nuitsstr. 10 - Telefon 5791

Plakate

aller Art liefert rasch und billig
Verlagsdruckerei
Volksfreund G.m.b.H.
Luisenstr. 24, Telefon 128

Eintracht

Morgen Freitag, 4. Dezember, 8 Uhr

Hildegard Bieber-Baumann

Mitglied der Hamburger Oper

Am Flügel: Elisabeth Gatzmann und Gerda Baumann

Liederguppen von Brahms, Hugo Wolf, Ludwig Baumann u. Richard Strauß. Karten zu Mk. 1.-, 2.-, 3.- u. 4.- bei

Kurt Neufeldt

Das Gespräch des Tages!



MENSCHEN UND SCHIFFE IN DER KAISERLICHEN FLOTTE

VON L. PERSIUS
KAPITÄN ZUR SEE AD

Gebunden 3,75 Mark

Volksbuchhandlung Karlsruhe
Adlerstraße 43
Telefon 3701

Pelze, Wollwesten, Kinderkleider

werden wegen Aufgabe dieser Artikel mit großem Nachlaß verkauft

Daniels Konfektionshaus

Karlsruhe, Wilhelmstraße 36, 1. Treppe.

Beste Bezugsquelle für Strickwaren

Anfertigung nach Maß, in jeder Form und Farbe. Eigene Strickerei mit elektr. Betrieb.

J. Schmidt, Kaiser-Allee 51.

Gute gelbe Speise-Kartoffeln

aus Bauländer prima Meißel

zum Einlagern zu haben bei: Reunischer, Rabellenstr. 66.

Durlacher Anzeigen.

Bürgerauschuß-Verammlung.

Sie berufe hiermit die Mitglieder des Bürgerauschusses zu einer Verammlung auf

Freitag, den 4. Dezember 1925, nachmittags 6 Uhr,

in den Rathhaussaal.

Tagesordnung wird zugestellt.

Durlach, den 24. November 1925.

Der Oberbürgermeister.

Den echten gut geräucherter Schwarzwälder Speck empfiehlt wieder 1163 Mathias Hankmann Durlach, Friedrichstr. 4.

Schön möbl. Zimmer

zu sofort zu vermieten.

Wahlburg, Gehelestr. 16, 8. St. (Söhm). 6001

Pfannkuch

Neues Dörrobst

Mischobst aus feinsten bosnischen und türkischen Früchten

70 Pf. 6385

Calamata Eß-Kranz-Feigen

Neue Feigen 40 Pf. 6385

Neue Aprikosen

Pfannkuch

Wer gibt einem Parteilgenossen vom Lande 1000 Mk. gegen gute Sicherheit auf 3 Monate. Gell. Offerten unter Nr. 1167 an das Volksfreundbüro.

Pfannkuch

Neues Dörrobst

Bosnische Zwetsfögen im besten etabliert große 52 Pf. 6385
größte 62 Pf. 6385
größte 70 Pf. 6385

Stochina-Zwetsfögen extra große 80 Pf. 6385

Pfannkuch

Pfannkuch

Neues Dörrobst

Mischobst aus feinsten bosnischen und türkischen Früchten 70 Pf. 6385

Neue Calamata Eß-Kranz-Feigen

Neue Feigen 40 Pf. 6385

Neue Aprikosen

Pfannkuch



Immer Sonntag im Haus

Ist bei uns, seit wir unsere Böden mit Büffel-Beize pflegen. Dieses ländliche Bohnerwachs erzeugt einen Glanz wie schönes Parquet und jeden Sonntagmorgen taugen wir auf unserem spiegelblanken Treppenboden. Deshalb raten wir allen jungen und alten Eheleuten mit alten oder neuen Böden: Macht es wie wir und „büffelt“! Das heißt: Dretter-Böden, Treppen und abgemalte getrichtene Böden mit unserer Büffel-Beize naturgemäß pflegen und billig dauernd in bester Stand erhalten. Achtet aber stets auf das Sinnbild der Qualität, den

„Büffel im Sechseck!“

Vertreter: E. Kappler, Karlsruhe.

Nach 5 Jahre langer Tätigkeit am Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus habe ich mich hier als

Facharzt für Geburtshilfe u. Gynäkologie

niedergelassen.

Sprechstunden:
Montags bis Freitags 1/2 bis 1/2 5 Uhr
Samstags 11 bis 1/2 1 Uhr.

Dr. med. Hanns Erb
Stefanienstraße 92, Telefon 4696.

Zurückgekehrt

Dr. med. Franz Theodor Kachel
prakt. Arzt

Sofienstraße 152 Telefon 3154
Sprechzeit: 3-5 Uhr nachmittags
Samstags: 9-10 Uhr vormittags.

„ASTORIA“

Adlerstr. 9 Telefon 5823
Inhaber J. Grieshaber

Freitag Schlachttag
Ausschank Möninger Export-Bier
Donnerstag ab 6 Uhr: Hausgem. Bratwürste

„Zum Galmen“

Am Ludwigsplatz Telefon 2019.

Jeden Freitag **Schlachttag.**
Jeden Samstag ab 6 Uhr
abends Schweinsfüßle.
Reichhaltige Schlachtplatten.
Frei Beisel, Wegger und Bier.

„Krokodil“

Karlsruhe

Jeden Montag und Donnerstag

Schlachttag

J. Mäloth.

Schlafzimmer-Bilder

preiswert. Bilder für alle Räume. Einrahmung
Valentin Schäfers Kunsthandlung, Kaiserstr. 98.

Preiswerte

SKI

Eschen-Ski
fehlerfrei mit guter
Huttfeld-Bindung 22.-

Hasel-Ski-Stöcke
Paar 3.-

Ski-Stiefel-Hosen
rein wollener Skitrikot
imprägniert 28.-

Rein wollene

Strickwesten 11.- 8.50

Windjacken
Segeltuch imprägniert 15,80

Ski-Stiefel
handzwiegeleht 38.-

SPORTHaus

Freundlieb

KARLSRUHE

Wintersport-Preisliste
auf Verlangen kostenlos.



5 Tage zur Probe

Mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen und
Lieferung ich überallhin in nur erstklassiger Ausstattung, u. gedieg. Auswahl
Sprechapparate und Platten, Musikinstrumente aller Art, Violinen, Mandolinen, Gitarren, Laute, Ziehharmonikas, Bandonien, Zithern, photographische Kameras und Zubehör, Prismenfeldstecher, Ferngläser und Operngläser, echte Schweizer Anker-Uhren, Fahrräder u. Nähmaschinen, Kinderspieler, Spielwaren aller Art für Kinder, Koffer, Reisekoffer und Taschen, Lederwaren u. Damenhandtaschen, Radios, Grammophone und Zubehör.
Die Lieferung erfolgt ohne jede Kaufverpflichtung an solvente Refraktanten bei angemess. Anzahl. ganz bequeme Zahlungsbedingungen v. nur G.-M. an. Das Weihnachtsgeschäft steht unmittelbar bevor, versch. Sie sich rechtzeitig zu dem Fest auf bequemste Weise mit einem schönen Geschenk u. verlangen Sie erst illust. reichhaltig. Katalog m. Preisl. grat. u. frei.
Walter H. Gartz, Berlin S 42,
Postfach 368 D
In Berlin erbitte ich Besuch
Alexandrinstr. 97, Von 8-7.

Bis Weihnachten gewähre ich allen meinen Kunden

bei bekannt guten Qualitätswaren
und äußerst billigen Preisen

noch einen **Preisvorteil**
ganz besonderen

Julius Strauß

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Filiale Karlsruhe
Kaiserstr. 146, gegenüber der Hauptpost

Depositenkasse
Markt
(Bad Handelshof)



Besorgung aller Bankgeschäfte

Geldeinlagen werden günstig verzinst
Schnelle Abfertigung durch Errichtung eines besonderen Schalters gewährleistet.

Residenz-Lichtspiele

Waldstraße
Heute
Gautama Buddhas Kampf um Liebe u. Entsagung



„Die Leuchte Asiens“

Das erste Filmwerk, das von Europäern mit indischen Darstellern an den historischen Stätten aus Buddhas Leben und Wirken geschaffen wurde.
Indische Reiterkämpfe, Tierkämpfe.
Neueste Film-Berichterstattung aus aller Welt.
Anfangszeit 3, 5, 7, 9, 11.

COLOSSEUM

Waldstr. 16
Täglich abends 8 Uhr
Gastspiel der Wiener Kammer-Operette

Der letzte Frühling

Ein Wiener Singspiel in 3 Akten
Text von Dr. Beda und Fritz Lunzer. — Musik von Dr. Leo Ascher. — Regie und persönl. Mitwirkung: Otto Hans Norden. — Musikal. Leitung: Oskar Dub.
— Verstärktes Orchester —

In 30 Minuten
Ihre Paßbild
an im Photogr. Atelier
Kaiserstr. 50. Eing. Oberstr.

L.-B. Die Naturfreunde
Ordnungsgruppe Karlsruhe.
Freitag, 4. Dez. im „Friedrichshof“, 8 Uhr
2. Vortrag
Die Wirtschaft der Gegenwart.
Referent: Gen. Dr. Engler.

Tanz-
Lehr-Institut
J. Braunagel
Nowacksanlag 13
Telefon 5859
Beginn neuer Kurse
Einzelunterricht
jederzeit.

Spanischer Garten
Von großer Zufuhr offeriere solange
Vorrat reicht:
Neue Orangen, sehr saftig,
pro Stück von 8 Pfg. an.
Kranzstangen per Pfund von 45 Pfg. an.
Große Auswahl allerfeinster
Smyrna-Tafel-Feigen lose
und in Packungen aller
Größen, sowie feinste
Muskat-Datteln.
Nüsse aller Art und Tafelrosinen.
Besondere für Weihnachts-Gebäck:
frische Zitronen, geschälte Mandeln,
Haselnüsse, Rosinen, Sultaninen,
Korinthen u. geraspelte Kokosstücken
zu Makronen.
Alles garantiert neue Ernte.
Ferner:
Naturweine rote u. weiße Spanische
Weine, offen und in Flaschen, und alle
Sorten Sektweine, sowie Malaga,
Farragout, Moscatel, Sherry Wein,
Portwein, Madeira u. s. w. Sekt und
keine Liköre.
Trotz Zollerhöhung verkaufe ich sämtliche
Weine zu den alten Preisen.
Juan Font
Kaiserstr. 227 Telefon 639

2-türiger Spiegelschrank
Bücherregal
1- und 2-türige Schränke
Wald- u. andere Kommoden
Tische, Stühle, Hocker
Hinterherbe
gute innere Seiten
Hüden-Ginrichtung
u. sonstige Möbel verkauft
billig, An- und Verkauf
D. Gutmann, Rudolfstr. 12.

Kinderfahrräder
mit Leber, als Weihnachtsgeschenk
passend, billig abzugeben: Sammeierstr.
32, 2. Stb., part.



Badisches Landestheater

Donnerstag, 3. Dezbr.
E. 10, 8h. - Gen. H. E. - Gr.
Was Ihr wollt

Beispiel in vier Akten von
Schaftepe. In Szene
gesetzt von Felix Baumbach
Personen:
Orino Seitzel
Salentin Rühl
Gario Weber
Ritter Lohy Herz
Ritter Andreas Müller
Walvolio West
Fablo Spöber
Der Barr Rindie
Sebastian Dr. Storz
Antonio Dr. Güter
Kapitan Brand
Hansfablan Henschel
Stadthalbat Schneider
Stadthalbat Wegner
Elbia Clement
Siola Scheinping
Marie Rademacher

Anfang 7 1/2 Uhr
Ende 10 1/4 Uhr.
Sperre 1 5.20 Uhr.

Haupt-Kartenverkauf
in der Stadt
durchgehend v. 8-6 Uhr
in der Vorstadt handlg.
Frei Müller, Gde. Kaiser-
und Waldstraße.

Zimmermann Pianos

Sehr preiswert
Große Auswahl
Teillzahlung

H. Maurer
Kaiserstraße 176
Ecke Hirschstraße
Allen, Niederl. von
Gehr. Zimmermann
größte Pianofabrik
Europas 5149

Matrassen, Bettmöbel
Chaiselongues, Divans
hat billig abzugeben
Rebsdorf, Schützenstr. 26



SEE-FISCHE

Eingetroffen
2 Waggon
= 24 000 Pfund frischer

Kabliau

in schwerster Eispackung
1-4 pfündige, kopflos
im ganzen Fisch

26 Pfg.
im Anschnitt
Pfd. 28 Pfg.

Wir empfehlen, frische schon
Donnerstags zu kaufen, da
durch den billigen Preis die
Bestände rasch geräumt sein
dürften.



Pfannkuch